



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Nichtwähler in Österreich unter besonderer
Berücksichtigung der Wahlen zum Europaparlament
1999 bis 2009“

Verfasser

Florian Feichtner

angestrebter akademischer Grad

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Mag. rer. soc. oec)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 121

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Soziologie (sozial-/wirtschaftsw. Stud.)

Betreuerin / Betreuer:

Em. O. Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schulz

Abstract (Deutsch)

Die vorliegende Arbeit untersucht das Phänomen der Wahlenthaltung samt seinen Akteuren: den Nichtwählern.

Zu Beginn werden die Situation im Allgemeinen und jene in Österreich dargestellt. Ein Einblick in die entsprechende wissenschaftliche Literatur gewährt einen Überblick über die verbreiteten und anerkannten Theorien. Weiters werden themenspezifische Studien und deren Ergebnisse werden präsentiert.

Anschließend wird das Phänomen der Wahlenthaltung in einem größeren politischen Kontext betrachtet. Dabei wird einerseits die Wahlenthaltung in ihren möglichen Auswirkungen auf die Legitimität eines demokratischen Systems überprüft. Andererseits werden anhand der vorhandenen Literatur verschiedene Typen von Nichtwählern bestimmt und beschrieben. Ihre spezifischen Merkmale werden ebenso dargestellt wie ihre Eigenschaften und Motive.

Im dritten und letzten Teil werden schließlich Daten von Nichtwählern bei den Wahlen zum Europaparlament in Österreich aus den Jahren 1999 - 2009 analysiert. Soziodemografische Merkmale und Einstellungen der Nichtwähler werden beschrieben und mit der bearbeiteten Literatur verglichen. Des Weiteren werden die Nichtwähler den Wählern gegenübergestellt, um allfällige Unterschiede zu entdecken.

Abstract (English)

The thesis at hand focuses on the phenomenon of voting abstention and non-voters respectively. Thereby it mainly concentrates on the situation in Austria.

In the first part, within an overview of specific literature and studies, different theories on voting abstention are presented and discussed. The second part addresses the problem of voting abstention in a broader, political context. On the one hand implications of increasing voting abstention on the legitimacy of democratic systems are considered. On the other hand different classification methods in literature with respect to properties and motivations of non-voters are surveyed.

The third and central part of this thesis is dedicated to an empirical evaluation of polls conducted within non-voters in the context of elections to the European Parliament in Austria in the years 1999 to 2009. This data is used to carve out motives and socio-demographic properties of the surveyed non-voters, also in comparison voters. The thereby gained results are then compared to the findings in the literature.

Danksagung

Mein Dank gilt Prof. Wolfgang Schulz, der es mir ermöglicht hat, diese Arbeit zu einem Ende zu bringen. Auch meiner Mutter Brigitte Feichtner und meinen Freunden Rosalia, Andreas und Joachim möchte ich danken, zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen zu haben.

Großer Dank gilt meinen Eltern für deren vorbehaltlose moralische sowie finanzielle Unterstützung, auch in schwierigen Zeiten.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	vii
Abbildungsverzeichnis	ix
Tabellenverzeichnis	xi
Vorwort	xiii
1 Einleitung.....	1
1.1 Fragestellung	1
1.2 Aufbau der Arbeit	4
2 Literatur und Theorie	7
2.1 Die Demokratie – Begriffsdefinition und grundlegende Überlegungen nach Hillmann	7
2.2 Sinkende Wahlbeteiligung	10
2.3 Aspekte der Wahlenthaltung.....	14
2.4 Die Nichtwähler	20
2.5 Demokratiepolitische Aspekte einer Wahl.....	24
2.6 Versuch einer Kategorisierung der Nichtwähler	29
2.6.1 Unechte Nichtwähler	30
2.6.2 Unfreiwillige Nichtwähler	30
2.6.3 Dauer-Nichtwähler	30
2.6.4 Konjunkturelle Nichtwähler	31
2.6.5 Protest-Nichtwähler	32
2.6.6 Systemverdrossene Nichtwähler.....	33
2.6.7 Verhinderte Nichtwähler.....	33
2.6.8 Pseudoverhinderte Nichtwähler	33
2.7 Motive und Eigenschaften der Nichtwähler.....	34
2.8 Erklärungsmuster für die Wahlenthaltung	37
2.9 Motivkreise der Nichtwähler nach SINUS.....	38
2.10 Charakterisierung von Nichtwählertypen nach Kleinhenz	40
2.10.1 Der aktive Postmaterialist (6,3 Prozent)	42

2.10.2	Der gehobene Jung-Konservative (8,7 Prozent).....	42
2.10.3	Der isolierte Randständige (14,8 Prozent).....	42
2.10.4	Der desinteressierte Passive (20,8 Prozent).....	42
2.10.5	Die saturierte Mittelschicht (15,8 Prozent)	43
2.10.6	Der junge Individualist (22,1 Prozent)	43
2.10.7	Die enttäuschte Arbeiterschaft (11,5 Prozent).....	43
2.11	Wahlbeteiligung in Österreich seit 1945	44
2.12	Phasen der Wahlbeteiligung in Österreich	46
2.12.1	Die erste Phase (1945 – 1956).....	47
2.12.2	Die zweite Phase (1959 – 1966).....	48
2.12.3	Die dritte Phase (1970/71 – 1979).....	48
2.12.4	Die vierte Phase (1983 – 1990)	48
2.12.5	Analyse von 1994 – 2008	49
2.13	Parteibindung.....	51
2.13.1	Realignment-Theorie vs. Dealignment-Theorie	55
3	Datenanalyse	58
3.1	Stichprobenbeschreibung	58
3.2	Analyse der Nichtwähler bei den Europaparlamentswahlen 1996 bis 2009.....	61
3.2.1	Parteipräferenz der Nichtwähler und tatsächliche Wahlergebnisse 1999 und 2004.....	61
3.2.2	Begründungen der Nichtwahl im Zeitverlauf.....	63
3.2.3	Strukturelle Nichtwähler	65
3.2.4	Ein Vergleich zwischen konjunkturellen und strukturellen Nichtwählern.....	67
3.3	Wähler und Nichtwähler im Vergleich.....	71
3.4	Analyse der Nichtwähler bei Nationalratswahlen	76
3.4.1	Nichtwähler bei Nationalratswahlen im Zeitvergleich – empirische Ergebnisse	76
3.4.2	Nichtwahlmotive bei den Nationalratswahlen 2008	76
3.4.3	Von welchen Parteien bekommen die Nichtwähler am meisten Zulauf? – Wählerströme zu den Nichtwählern bei der Nationalratswahl 2008	79
4	Resümee und Diskussion.....	83
Anhang	I	
1	Literatur	I
2	Lebenslauf	IV

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Österreich in Prozent, seit 1945	11
Abbildung 2 Nichtwähler bei Nationalratswahlen in Österreich seit 1945	46
Abbildung 3 Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Österreich, von 1990 – 2008, in Prozent	50
Abbildung 4 Starke Parteibindung Österreich	52
Abbildung 5 Wechselwähler Nationalratswahlen Österreich	54
Abbildung 6 Strukturelle Nichtwähler nach Berufstätigkeit und Geschlecht.....	67
Abbildung 7 Medienverhalten der strukturellen und konjunkturellen Nichtwähler im Vergleich.....	71

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Motivkreise der Nichtwähler bei SINUS (1990)	39
Tabelle 2 Charakterisierung der Nichtwählertypen Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre nach Kleinhenz	41
Tabelle 3 Wahlbeteiligung – Nationalratswahlen Österreich seit 1945	45
Tabelle 4 Soziodemografie der Stichproben.....	60
Tabelle 5 Wahlbeteiligung bei Europaparlamentswahlen in Österreich, in Prozent	60
Tabelle 6 Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Österreich, in Prozent.....	60
Tabelle 7 Parteipräferenz der Nichtwähler bei der Europaparlamentswahl, wenn Nationalratswahl wäre 1999 bis 2009.....	62
Tabelle 8 Wahlergebnisse der Europaparlamentswahlen 1996 bis 2009	63
Tabelle 9 Wählerstromanalyse 2009.....	63
Tabelle 10 Begründungen der Nichtwahl im Zeitverlauf	64
Tabelle 11 Vergleich zwischen konjunkturellen und strukturellen Nichtwählern nach Soziodemografie	68
Tabelle 12 Ein Vergleich strukturelle vs. konjunkturelle Nichtwähler nach politischen Einstellungen	70
Tabelle 13 Ein Vergleich Wähler und Nichtwähler nach Soziodemografie.....	73
Tabelle 14 Vergleich Wähler vs. Nichtwähler nach politischen Einstellungen.....	75

Vorwort

Die dieser Arbeit zugrunde liegenden Daten, mit denen ich versuche, die Nichtwähler zu beschreiben, wurden größtenteils vom Marktforschungsinstitut GfK Austria im Zuge von Nachwahlbefragungen, so genannten Exit Polls, bei Wahlen zum Europäischen Parlament in Österreich erhoben.

Im Rahmen dieser Exit Polls gab es eine eigene Erhebung, die ausschließlich an Nichtwählern durchgeführt wurde. Dies ist deshalb bemerkenswert, da im gesamten deutschsprachigen Raum wenige vergleichbare Studien existieren. Nichtwähler lassen sich gemeinhin schlecht identifizieren, außerdem ist ihre Zahl im Normalfall zu gering, um ihr mit angemessenen Mitteln eine quantitativ ergiebige Studie zu widmen. Da jedoch speziell bei Wahlen zum Europaparlament die Zahl der Nichtwähler vergleichsweise hoch ist, war es möglich, diese Daten und Einsichten zu gewinnen. Sie wurden mir dankenswerterweise von Univ. Doz. Dr. Peter A. Ulram zur Verwendung in dieser Arbeit zur Verfügung gestellt.

In formaler Hinsicht muss darauf hingewiesen werden, dass sämtliche Begrifflichkeiten und Bezeichnungen dieser Arbeit grundsätzlich geschlechtsneutral bzw. als für beide Geschlechter geltend zu verstehen sind. Um aber eine flüssige Lesbarkeit des Textes zu gewährleisten, wird für die Dauer dieser Diplomarbeit nur die männliche Bezeichnung verwendet.

Besondere Abschnitte, die die Unterschiedlichkeit der Geschlechter im Wahlverhalten behandeln, sind davon selbstverständlich ausgenommen.

1 Einleitung

Am Beginn dieser Arbeit stand ein von Peter A. Ulram gehaltenes Seminar mit dem Titel *Empirische Wahlforschung*. Im Zuge dieser Lehrveranstaltung fand – wenn auch nur am Rande und eher beiläufig – das Phänomen der *Nichtwähler* Erwähnung. Dieser periphere Streifzug in die Welt der Nichtwähler reichte allerdings aus, um mein besonderes Interesse an dieser Thematik zu wecken. Für mich ergaben sich nach und nach jede Menge neuer Fragen, die im Rahmen einer Lehrveranstaltung nicht umfassend beantwortet werden konnten. Daraus erwuchs schließlich mein Bedürfnis, mich eingehender mit der Spezies der Nichtwähler und dem Phänomen der Wahlenthaltung an sich auseinanderzusetzen und in weiterer Folge meine Diplomarbeit diesem Themenkreis zu widmen.

1.1 Fragestellung

Das Recht jedes einzelnen Staatsbürgers, wählen zu gehen, seine Stimme abzugeben und solcherart die politischen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen seines Landes mitzugestalten, ist ein demokratisches Grundrecht und somit eine, wenn nicht überhaupt *die* tragende Säule der Demokratie.

Dieses allgemeine Wahlrecht ist jedoch keinesfalls eine Selbstverständlichkeit.

Über weite Strecken unserer Geschichte herrschten vielmehr politische Systeme vor, in denen eine geregelte Mitbestimmung der Bevölkerung keinen Platz hatte. Und selbst wenn sich da und dort ein System etablieren konnte, in dem Wahlen eine einigermaßen maßgebliche Rolle spielten, war es in den allermeisten Fällen nur eine verschwindend kleine privilegierte Minderheit von Bürgern, deren Votum und Mitbestimmung gefragt waren.

Erst im 20. Jahrhundert haben sich im europäischen und nordamerikanischen Raum – doch bei Weitem nicht in allen Teilen der Welt – Demokratien entwickelt, in denen nach und nach das allgemeine Wahlrecht zur Umsetzung gelangte.

Erinnert sei hier jedoch beispielsweise daran, dass die Rassendiskriminierung die Vereinigten Staaten bis weit in die 1960-er Jahre hinein prägte und somit selbstverständlich auch in puncto Wahlen eine gerechte Partizipation aller Bürger verhinderte. Erwähnt werden könnte in diesem Zusammenhang etwa auch das anachronistisch anmutende Wahlrecht unserer eidgenössischen Nachbarn, die sich unwiderrspochen als moderne Gesellschaft bezeichnen würden und dennoch ihren Staatsbürgerinnen erst seit etwa 20 Jahren – einer im Grunde beschämend kurzen Zeit – das Recht auf ein eigenes Votum zugestehen.

Dass also überhaupt politische Systeme existieren, in denen jeder Bürger eines Landes unabhängig von Geschlecht, Berufsstand, Hautfarbe oder Status das Recht hat, seine Stimme abzugeben, in denen weiters jede abgegebene Stimme gleich viel zählt und auch noch andere grundlegende Kriterien erfüllt sind, ist im Wesentlichen eine vergleichsweise junge Errungenschaft des 20. Jahrhunderts (siehe Kapitel 2.1 *Definition und grundlegende Überlegungen zu Demokratie*).

In praktisch allen heute existierenden Demokratien ging dieser Form der bürgerchaftlichen Mitbestimmung zudem ein langer, zäher und nicht selten schmerzhafter Kampf voraus, der zahllose Opfer forderte und stark vom Engagement Einzelner geprägt war. Erst am Ende dieses hartnäckigen gesellschaftlichen Ringens hatten sich die Bürger also ein substanzielles Recht auf politische Partizipation erkämpft.

In Anbetracht dieser eben skizzierten historischen Entwicklung erscheint die Tatsache verwunderlich, dass es heutzutage besonders in hochentwickelten Industrieländern den Trend zu geben scheint, dieses hart erkämpfte Recht nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Diesen irritierenden Eindruck verstärkt noch der Umstand, dass die überwiegende Mehrzahl der weltweit existierenden Staaten noch längst kein freies Wahlrecht kennt.

Es sei also an dieser Stelle mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass hier ein durchaus als elitär zu bezeichnendes Bürgerrecht zunehmend ungenutzt bleibt.

Im Zusammenhang mit diesem freiwilligen Verzicht ergeben sich nun einige wesentliche Fragen, mit denen ich mich in dieser Arbeit auseinanderzusetzen versuche:

- Wie ist es um die Wahlbeteiligung bestellt? Ist der Trend der sinkenden Wahlbeteiligung tatsächlich existent und mit empirischen Zahlen belegbar oder unterliegt die Zahl der Wähler lediglich singulären Schwankungen?
- Was bedeutet das Fernbleiben von Wahlen für ein demokratisches System? Wirkt sich ein hoher Anteil an Nichtwählern auf die Legitimität des politischen Herrschaftssystems *Demokratie* an sich aus? Ist eine niedrige Wahlbeteiligung mit mangelnder Unterstützung für das System Demokratie gleichzusetzen? Und wenn ja, welche Konsequenzen hätte diese Erkenntnis?
- Wie kommt es zur Wahlenthaltung und was sind die Gründe dafür? Gibt es begünstigende Voraussetzungen innerhalb einer Gesellschaft, die dazu führen oder dazu beitragen, dass der Gang zur Wahlurne von den Bürgern als nicht notwendig oder nicht zielführend angesehen wird? Sind diese Voraussetzungen, falls es sie gibt und sie identifiziert werden können, auf andere Gesellschaften und Länder übertragbar und somit nicht nur auf der jeweiligen Länderebene gültig?
- Gibt es den typischen *Nichtwähler*? Und wenn ja, lässt er sich beschreiben? Gibt es also allgemeine Kriterien, die einen Bürger zum Nichtwähler machen und in

denen Nichtwähler einander gleichen? Oder sind es individuell unterschiedliche Eigenschaften und Merkmale, die jemanden die Entscheidung, von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen, fällen lassen?

1.2 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende, im Wesentlichen in drei große Abschnitte gegliederte Arbeit soll das Phänomen der Stimmenthaltung wahlberechtigter Staatsbürger nach verschiedenen Gesichtspunkten untersuchen.

Da ich mich im Rahmen dieser Arbeit mit der Nicht-Ausübung eines Rechts beschäftige, das so nur in einem ganz bestimmten politischen System – einer Demokratie nämlich – zur Verfügung steht, stelle ich an den Beginn meiner Ausführungen einen ersten Abschnitt, der sich umfassend mit der Theorie des Demokratiebegriffs auseinandersetzt.

Zum einen wird darin die Herrschaftsform der Demokratie charakterisiert, verbunden mit einer Definition des Demokratiebegriffs, wie er in dieser Arbeit verwendet wird. Zum anderen werden die fundamentalen Elemente moderner Demokratien westlicher Prägung skizziert sowie einige grundlegende Überlegungen zu der aktuell in vielen westlichen Ländern praktizierten Demokratie angestellt.

Dabei orientiere ich mich am Demokratiebegriff, wie ihn Karl-Heinz Hillman in seinem *Wörterbuch der Soziologie*¹ beschreibt.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit dem Thema Wahlbeteiligung und mit der Problematik, dass diese im Sinken begriffen ist. Ein Überblick über die diese Fragen behandelnde Literatur sowie Theorien, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen,

¹ Hillmann, Karl-Heinz (1994): *Wörterbuch der Soziologie*. Verlag Alfred Kröner, Stuttgart

sollen es ermöglichen, das Phänomen der sinkenden Wahlbeteiligung einordnen und bewerten zu können. Es wird untersucht, welche Bedeutung und welche Konsequenzen Wahlenthaltung für ein demokratisches System hat und wie sich Nichtwählen auf dessen Legitimität auswirkt.

Im Anschluss daran soll mit Hilfe wissenschaftlicher Theorien und Forschungsergebnisse versucht werden, das Thema *Nichtwähler* greifbar zu machen, die Nichtwähler als Typus zu beschreiben, ihre Eigenschaften herauszuarbeiten und herauszufinden, was sie von den *Wählern* unterscheidet. Weiters wird dargestellt, welche Parameter dafür ausschlaggebend sein können, dass eine Person die Wahl verweigert oder als unnötig erachtet, um die Nichtwähler anschließend, nach verschiedenen Kriterien, in Gruppen einzuteilen.

Im folgenden Teil wird in einem historischen Abriss die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Österreich nach 1945 vorgestellt und analysiert. Hier wird versucht, eine Tendenz herauszuarbeiten, die im besten Fall Prognosen über den weiteren Verlauf der Entwicklung zulässt. Anhand der Ergänzung eines etablierten Modells um aktuelle Daten wird die Richtigkeit der gewonnenen Erkenntnisse überprüft.

Eine zweite historische Betrachtung ist dem Phänomen *Parteibindung in Österreich im Zeitverlauf* gewidmet, die als ein entscheidender Faktor bezüglich der Motivation zur Wahl zu gehen, gilt.

Im dritten Teil der Arbeit werden die Daten der Nichtwähler in Österreich bei Wahlen zum Europäischen Parlament analysiert, die GfK in Nachwahlbefragungen erhoben hat. Aber auch andere Daten wie Wahlergebnisse und Wählerstromanalysen werden näher betrachtet. Mit ihrer Hilfe sollen die Nichtwähler in Österreich genauer beschrieben werden. Sie sollen es ermöglichen, die österreichischen Nichtwähler in die zuvor beschriebenen Theorien einordnen und damit analysieren zu können. Außerdem soll die Datenanalyse dazu beitragen, die dieser Arbeit zugrunde liegenden Fragen so gut wie möglich zu beantworten.

Im abschließenden Resümee werden die gewonnenen Erkenntnisse in der gebotenen Kürze zusammengefasst und wiedergegeben. Im besten Fall werden so die aufgeworfenen Fragen zufriedenstellend beantwortet werden können.

2 Literatur und Theorie

2.1 Die Demokratie – Begriffsdefinition und grundlegende Überlegungen nach Hillmann²

Der griechische Begriff *Demokratie* bedeutet ins Deutsche übersetzt *Volksherrschaft* und bezeichnet die Gesamtheit bestimmter Strukturelemente eines Systems politischer Herrschaftsausübung.

Demokratie steht – entsprechend dem griechischen Vorbild, in dem bestimmte Staatsformen nach der Anzahl der Personen, die die Staatsgewalt innehatten, benannt werden – der *Autokratie*, also der Herrschaft eines Einzelnen, und der *Aristokratie* bzw. *Oligarchie* gegenüber, mit der die Herrschaft einer privilegierten Gruppe über die gesamte übrige Bevölkerung bezeichnet wird. Ursprünglich meinte *Demokratie* lediglich die Herrschaft des gesamten Volkes über sich selbst und war in der Form der direkten Demokratie verwirklicht.

In den modernen westlichen Massengesellschaften hat sich hingegen die indirekt funktionierende, repräsentative Demokratie herausgebildet, mit einem Parlament als zentralem Repräsentativorgan und mit entsprechend abwählbaren politischen Eliten.

Konstitutive Merkmale der modernen westlichen Demokratie sind laut Hillmann folgende³:

² In der Bearbeitung dieses Kapitels beziehe ich mich weitgehend und hauptsächlich auf Grundlegendes und Grundbegriffe aus Hillmann, Karl-Heinz (1994), S. 143f

³ Vgl. ebenda

- a) Das Prinzip der Volkssouveränität, wonach eine politisch-staatliche Herrschaftsinstanz nur dann den Anspruch auf allgemeine Anerkennung erheben kann, wenn sie vom Volk legitimiert, d.h. letztlich durch die Entscheidung des Volkes zustandegekommen und damit dem Willen des Volkes verpflichtet ist.
- b) Das personale Gleichheitsprinzip in Bezug auf die allseitige Teilnahme bzw. Teilnahmemöglichkeit aller Bürger am politischen Willensbildungsprozess.
- c) Das personale Freiheitsprinzip, realisiert durch den Schutz der Freiheits- bzw. Grundrechte, das jegliche staatliche Herrschaftsausübung inhaltlich prinzipiell einschränkt, indem es dem einzelnen Bürger die für seine politische Beteiligung an der politischen Willensbildung voraussetzende freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, Sicherheit vor Willkür, Terror und Rechtsbeugung und Freiheit der Willensäußerung garantiert.
- d) Das soziale Gleichheitsprinzip, das dem Bürger durch staatliche Einwirkungen einen Schutz vor gesellschaftlichen Machtgruppen, d.h. vor anderen Bürgern, insoweit gewährt, wie er durch deren Aktivität an der Entfaltung und Artikulierung seiner Interessen und Lebenschancen gehindert werden könnte, was wiederum gleichbedeutend wäre mit seinem Ausschluss von der staatlichen Willensbildung und ihrer Monopolisierung durch solche gesellschaftlichen Machtgruppen.
- e) Das Prinzip institutionalisierter Herrschaftskontrolle, realisiert durch Organisationen und Einrichtungen, in denen und über die der Bürger seinen Anteil am politischen Willensbildungsprozess einlösen und die Ergebnisse staatlich-politischen Handelns kontrollieren kann.

Die Umsetzung dieser Prinzipien in eine reale demokratische Herrschaftsordnung ist nicht nur ein Problem normativer Regelungen, sondern hängt auch und vor allem von

den gesellschaftlichen und individuellen menschlichen Voraussetzungen einer historisch-spezifischen Staatsordnung ab.⁴

Die oben angeführten konstitutiven Elemente des Demokratiebegriffs lassen bereits das Spannungsfeld zwischen liberalen – auf den Bürger als autonomen Willensträger ausgerichteten – und egalitären, im Namen von Gerechtigkeitspostulaten die Entwicklungschance Einzelner wiederum eingrenzender Postulaten erkennen.⁵ Hillmann analysiert:

„Die Massen-Demokratie wird zur Verbände- und Parteien-Demokratie, in der die verschiedenen organisierten Interessen in einem Parallelogramm der gegenseitigen Gruppeneinflüsse das Gemeinwohl als Ergebnis von pluralistischen Kompromissprozessen und nicht mehr als rationale Erkenntnisleistung und absolut einlösbare Zielvorstellung direkt kommunizierender mündiger Bürger erstreben.

Für die Demokratie des Sozialstaates, der mit einer Fülle von eingreifenden und umverteilenden Maßnahmen, mit einem dichten Netz sozialer Sicherung und materieller Wohlstandsmehrung, Klassengegensätze und Gruppenkonkurrenzen abschwächt, überdeckt und bewusstseinsmäßig verdrängt, wird überdies die Artikulation von politischen Alternativen zum Problem.

Politische Apathie, politische Konkurrenz lediglich zwischen organisatorischen Führungsgruppen, unzureichende politische Öffentlichkeit, psychologische Manipulation bei Wahlen und Herrschaftsbestellungen, Verlagerung der politischen Entscheidungen in abgeschlossene Zirkel einflussreicher Gruppen lassen dann den mit bisher gängigen Vorstellungen über Demokratie besonders verbundenen Parlamentarismus fragwürdig werden.“⁶ [Hervorhebungen im Original]

Wenn zudem *Expertokratien* und kleine Machtgruppen den Anschein erwecken,

⁴ Vgl. Hillmann, Karl-Heinz (1994), S. 144

⁵ Vgl. ebenda

⁶ Ebenda

„über die materiellen und psychologischen Mechanismen zur Beeinflussung und Ablösung von Politik durch (angeblich rationaleren) Sachverstand als den Ausdruck ihrer Interessen zu verfügen“;⁷

werden Wahlen als Ausdruck indirekter Demokratie entwertet.

Da die wesentlichen Entscheidungen nicht in den über Wahlprozesse bestellten Kollegien getroffen werden, werden Parlamente und Regierungen, die dem Wähler zur öffentlichen Rechenschaft verpflichtet wären und mittels formal-demokratischer Prozesse bestellt werden ebenfalls entwertet. Hillmann geht davon aus, dass sich in den Gesellschaft die Erkenntnis durchsetzen wird, dass Demokratie als politische Herrschaftsordnung ihre wesentlichen Aufgaben, die „Sicherung und Entfaltung individueller und sozialer Freiheit“⁸ nicht erfüllen kann, wenn sie von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen unterlaufen wird und sich darüber ein neuerlicher Diskurs über die Stärkung und Durchsetzung demokratischer Prinzipien entfalten wird.⁹

2.2 Sinkende Wahlbeteiligung

In westlichen Demokratien – und vor allem hier – scheint sich nun über die letzten Jahrzehnte hinweg eine stetige Entwicklung zu etablieren: das Absinken der Wähler- bzw. Wahlbeteiligung.

Für die Bundesrepublik Deutschland konstatieren Völker und Völker in den letzten Jahrzehnten „einen deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung“¹⁰, Manuel Justel

⁷ Hillmann, Karl-Heinz (1994), S. 144

⁸ Ebenda

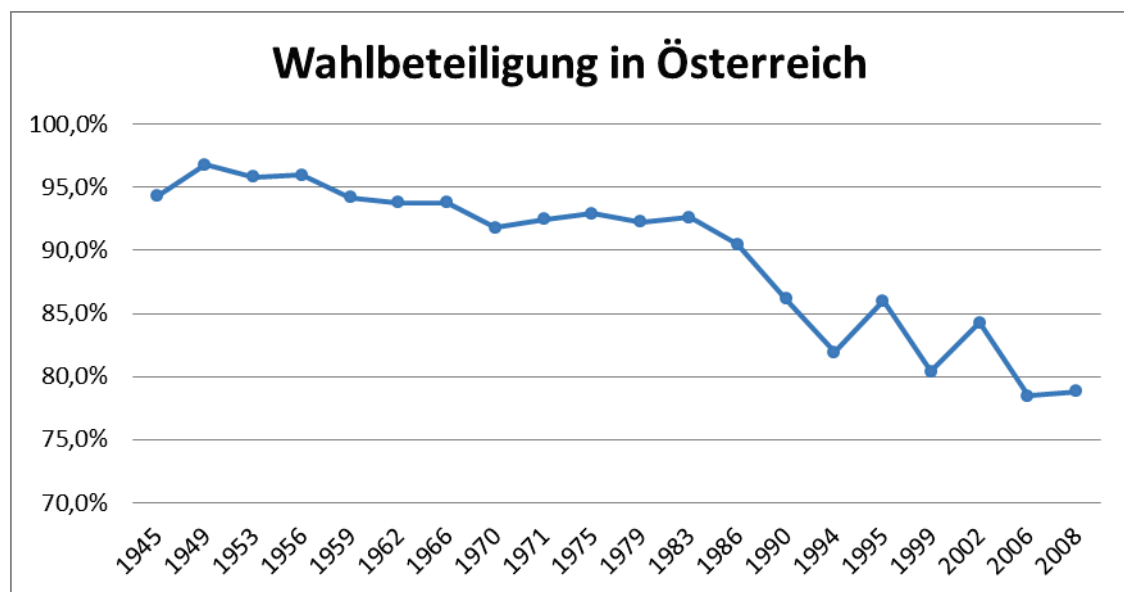
⁹ Vgl. ebenda

¹⁰ Völker, Marion und Bernd Völker (1998): *Wahlenthaltung – Normalisierung oder Krisensymptom?* Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden, S. 1

beobachtet Ähnliches in Spanien¹¹, David Denver im Vereinigten Königreich¹², S.A.H. Denters in den Niederlande¹³ und Piergiorgio Corbetta und Arturo M. L. Parisi in Italien¹⁴.

Wenn auch mitunter einzelne Ausnahmen seine Existenz zu widerlegen scheinen, muss dennoch von einem konstanten Trend zur geringeren Partizipation ausgegangen werden. In Österreich ist dieser Trend anhand der Wählerzahlen bei Nationalratswahlen ebenfalls zu identifizieren (siehe Abbildung 1.) Die Abbildung veranschaulicht den nahezu kontinuierlichen Rückgang der Wahlbeteiligung in Österreich seit 1945.¹⁵

Abbildung 1 Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Österreich in Prozent, seit 1945



Quelle: Bundesministerium für Inneres, eigene Auswertung¹⁶

¹¹ Vgl. Justel, Manuel: *Electoral abstention in Spain: characteristics and factors*. In: Font, Joan und Rosa Virós (Hrsg.) (1995): *Electoral abstention in Europe*. Institut de Ciències Polítiques i Socials / Institut d'Edicions de la Diputació de Barcelona, Barcelona S. 41 – 85

¹² Vgl. Denver, David: *Non-voting in Britain*. In: Font, Joan und Rosa Virós (Hrsg.) (1995), S. 181 – 192

¹³ Vgl. Denters, S. A. H.: *Voter turnout in Dutch elections*. In: Font, Joan und Rosa Virós (Hrsg.) (1995), S. 113 – 147

¹⁴ Vgl. Corbetta, Piergiorgio und Arturo M. L. Parisi: *Electoral abstentionism in Italy*. In: Font, Joan und Rosa Virós (Hrsg.) (1995), S. 147 – 181

¹⁵ Vgl. Kapitel 2.11 *Wahlbeteiligung in Österreich seit 1945*

¹⁶ Bundesministerium für Inneres (2012): *Österreich, Endergebnis (inkl. Wahlkarten) 1945-2008*, online, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx [24-02-2012]

Diese sinkende Partizipation der Bevölkerung am demokratischen Meinungsbildungsprozess, dieser freiwillige Verzicht auf ein ehemals bitter erkämpftes Recht wirft einige Fragen auf.

So muss in erster Linie geklärt werden, warum ein beachtenswerter Teil der Bevölkerung sich ohne Not die Chance entgehen lässt, seine politische Meinung kundzutun und mit seinem Votum aktiv in den politischen Gestaltungsprozess einzugreifen. Dieses Verhalten ist umso mehr zu hinterfragen, als ja der Gang zur Wahlurne eine relativ geringes Engagement erfordernde Möglichkeit darstellt, das politische System mitzugestalten oder seine persönliche Meinung zur aktuellen Gestaltung zu artikulieren.

Dem Wahlparadoxon folgend ist es andererseits bemerkenswert, weil streng genommen irrational, dass Bürger überhaupt zur Wahl gehen und, wenn auch nur geringe Kosten investieren, da durch die Abgabe einer einzelnen Stimme kein Nutzen erwartet werden kann.¹⁷

Aldrich und Simon stellen dazu fest: „(...) wenn eine Person wählen möchte, um das Ergebnis zu beeinflussen (und nicht, um irgend etwas anderes zu erreichen), es wenig Sinn für sie macht, überhaupt zu wählen, denn die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Stimme das Wahlergebnis verändert, ist unendlich klein.“¹⁸

Eine aus demokratiepolitischer Sicht jedoch viel grundlegendere Frage ist jene, inwieweit sich eine geringe Beteiligung am System auf die Legitimität desselben auswirkt.

Innerhalb eines demokratischen Systems erfolgt die Legitimierung einer Regierung durch in regelmäßigen Abständen abgehaltene politische Wahlen. Wahlenthaltung oder eventuell ungültige Stimmen, egal in welcher Höhe, finden genau genommen keinerlei

¹⁷ Vgl. Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. Harper and Row, New York S. 244f

¹⁸ Aldrich, John H. und Dennis M. Simon (1986): *Turnout in American National Elections*. In: Long, Samuel (Hrsg.): *Research in Micropolitics*. Bd 1, JAI Press, S. 274

Beachtung durch das Wahlsystem, da die Mandatsverteilung ausschließlich auf Basis der gültigen Stimmen erfolgt.

Bei pragmatischer Betrachtung hat somit die Wahlenthaltung keinerlei Auswirkung auf die Funktion einer demokratischen Wahl als solches. Gesteht man allerdings einer gültig abgegebenen Stimme – egal ob für eine Partei oder für eine Person – den Charakter einer Vertrauensäußerung gegenüber jener im Speziellen und gegenüber dem politischen System im Allgemeinen zu, wird automatisch die Frage aufgeworfen, ob gegebenenfalls auch der Umkehrschluss berechtigt ist.

Extrem hohe Wahlbeteiligungen wiederum lassen durchaus auch eine weitere, auf den ersten Blick wenig gebräuchliche Lesart zu: Sie können nämlich als Ausdruck einer gewissen Untertanenmentalität gedeutet und müssen nicht zwangsläufig als Vertrauensäußerung gesehen werden.¹⁹

Dennoch wirft ein Anstieg des Nichtwähleranteils Fragen auf und es erscheint im Zuge dieser Überlegungen durchaus interessant, mögliche Gründe zu eruieren, die ausschlaggebend sein könnten dafür, dass Menschen nicht Willens sind, ihre Stimme abzugeben. Unter Umständen ließen sich daraus Schlüsse ziehen, ob das demokratische System durch die sinkende Wahlbeteiligung tatsächlich in eine Krise geraten kann. Sollte es nämlich an Legitimation verlieren, wäre es dringend nötig, diesem Trend entgegenzuwirken, indem man das System ändert bzw. den gegebenen Umständen anpasst.

Möglicherweise ist jedoch ein demokratisches System schlicht und einfach in der Lage, mit einer absinkenden Partizipation ohne größere Probleme umzugehen. Dann könnte und müsste diese unter Umständen durchaus als Tatsache akzeptiert werden.

Wer in Wahlen keine Einflussmöglichkeit erkennen kann oder sich – wie auch immer die Wahl ausgehen mag – den Umständen ohnmächtig ausgeliefert fühlt, zieht sich zurück. Ein solcher Rückzug muss aber nicht unbedingt als Resignation gedeutet

¹⁹ Vgl. Feist, Ursula (1994): *Die Macht der Nichtwähler – Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen*. Droemersch Verlag, München S. 7 und Vgl. Kleinhenz, Thomas (1995): *Die Nichtwähler – Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Westdeutscher Verlag, Opladen, Wiesbaden, S. 47

werden. Man kann in ihm ein Alarmsignal sehen, das möglicherweise dazu führt, die in der Praxis zur Verfügung stehenden Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten wirkungsvoller zu gestalten, als es derzeit der Fall ist.

Die eben angestellten Überlegungen sind sehr grundsätzlicher Natur und können wohl im Rahmen dieser Diplomarbeit nicht letztgültig beantwortet werden. Dennoch soll hier der Versuch unternommen werden, sich diesem Phänomen der Wahlenthaltung mit all seinen Akteuren bzw. Nicht-Akteuren – den Nichtwählern – weitestgehend anzunähern.

2.3 Aspekte der Wahlenthaltung

Ist die Wahlenthaltung Zeichen einer funktionierenden Demokratie mit zufriedenen Bürgern oder eher Anzeichen von Unzufriedenheit, Resignation und Anomie²⁰? ²¹

Die Bedeutung der Wahlenthaltung wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung innerhalb der Demokratietheorie unterschiedlich interpretiert. Grundsätzlich sind zwei Meinungen gegenüberzustellen, die bei ihrer Einschätzung jeweils die Stabilität des politischen Systems in den Vordergrund rücken.

Während die eine Seite davon ausgeht, dass eine hohe Wahlbeteiligung als Krisensymptom und Ausdruck von Systemunzufriedenheit zu deuten ist und Kritik an

²⁰ *Anomie*: Zustand mangelnder sozialer Ordnung (...) Durkheim bezeichnet als Anomie den sozialen Zustand, in dem mehr und mehr Spezialisierung und Besonderung der menschlichen Arbeitsverrichtungen das System für alle gemeinsamen Regeln und Übereinkünfte zusammenbrechen lässt. (...) Gegenwärtig führt die Ausbreitung der modernen Gesellschaft mit ihrem Kulturrelativismus und ihrem Pluralismus der Weltanschauungen und Wertorientierungen zur Verdrängung überkommener Kulturen mit traditionell stabilisierenden Wert- und Normensystemen. Durch diesen säkularen Prozess wird Anomie zu einem weltweiten Problem der Orientierungs- und Verhaltensunsicherheit, der Individualisierung und gesellschaftlichen Desintegration. (Hillmann 1994: 28)

²¹ Vgl. Völker, Marion und Bernd Völker (1998), S. 3

einer fehlenden Wahlbeteiligung stark von den Politikern und Medien ausgeht,²² erkennt die Gegenseite, dass die sinkende Wahlbeteiligung als Signal sehr unterschiedlich hervorgerufener politischer Unzufriedenheit zu verstehen ist.²³

Es herrscht also bei Weitem keine Einigung in der Interpretation der Wahlaskese. Hingegen scheint es die allgemein vertretbare Einschätzung zu sein, dass ein gewisser Prozentsatz an Nichtwählern zum Normalzustand eines demokratischen Systems gehört und kein Krisensymptom darstellt.²⁴ Somit wäre eine 100-prozentige Wahlbeteiligung gar nicht *das* erstrebenswerte Ziel und nicht wünschenswert.²⁵

Schon in den sechziger Jahren hat sich diese Kontroverse über das Ausmaß erwünschter Partizipation entwickelt. Vertreter der klassischen Demokratietheorie sprechen sich für eine Ausweitung der Partizipation aus, wohingegen die Vertreter des anderen Standpunktes auch einen geringeren Partizipationsgrad als normal hinnehmen.

Lipset, ein Vertreter der Normalisierungsthese, behauptet, „dass Wahlenthaltung zumindest in den Demokratien heute ein Ausdruck der Stabilität ist“.²⁶ Auch Wildenmann sieht diese These bestätigt:

„Demokratien mit langer Tradition, wie Großbritannien und die USA, befinden sich sozusagen im „Normalzustand“, wenn 30 Prozent der Wähler Enthaltung üben. Das ist eher ein Zeichen für die Abwesenheit von Krisen als umgekehrt. Und wenn man diese Überlegung auf die Bundesrepublik anwendet, so folgt daraus, dass wir uns, was das Wahlverhalten angeht, auf dem Weg zur „Normalität“ befinden. (...) Der Gedanke, dass eine hohe Partizipation für eine Demokratie notwendig sei, entspringt eher einer ideologischen Aufgeregtheit als der Sorge um die Demokratie.“²⁷

²² Vgl. Roth, Dieter: *Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom*. In: Starzacher, Thomas (Hrsg.) (1992): *Protestwähler und Wahlverweigerer*. Köln, S. 59

²³ Vgl. Feist, Ursula (1994), S. 9ff

²⁴ Vgl. Rohr in Kleinhenz, Thomas (1995), S. 48ff

²⁵ Vgl. Schoof, Peter (1980): *Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der BRD*. Frankfurt am Main, S. 13

²⁶ Vgl. Lipset, Seymour M. (1962): *Soziologie der Demokratie*. Luchterhand, Neuwied am Rhein, S. 196

²⁷ Wildenmann, Rudolf (1992): *Wahlforschung*. BI-Taschenbuchverlag, Mannheim, Leipzig, Zürich, Wien

Wendet man diese Aussage nun auch auf Österreich an, ließe sich demnach davon ausgehen, dass sich dieses Land – was den Aspekt der Wahlenthaltung betrifft – auf dem Weg zur Normalisierung befindet.

Zu den oben erwähnten USA ist allerdings zu bedenken, dass dort ein kompliziertes Wahlsystem existiert, bei dem zu einem großen Teil die Regelung zur Wählerregistrierung für die niedrige Wahlbeteiligung zumindest mitverantwortlich gemacht werden muss. Denn im Gegensatz zu europäischen Verhältnissen verlangt dieses System von seinen Wählern einen relativ hohen Grad an Motivation, bevor es überhaupt erst möglich ist, seine Stimme abzugeben. Außerdem muss erwähnt werden, dass in den genannten Ländern die Wahlbeteiligung zwar generell niedrig sein mag, doch auf diesem Niveau bereits über einen langen Zeitraum hinweg konstant bleibt, während in Deutschland und auch in Österreich die Wahlenthaltung in letzter Zeit zunimmt und diese Entwicklung ein relativ neues Phänomen darstellt.

Von Roth wird eine hohe Wahlbeteiligung bei freien Wahlen eher als ein Krisensymptom denn als Ausdruck der Systemzufriedenheit interpretiert.²⁸

Auch Ursula Feist sieht in der sinkenden Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland eine Normalisierung. Und da nun bundesdeutsche Entwicklungen tendenziell und traditionell gewisse Parallelitäten zu unserem Land aufweisen, scheint dieser Denkansatz auch für Österreich gerechtfertigt.

Feist geht davon aus, dass sich die Deutschen viel zu lange von alten Wertmaßstäben und Tugenden hätten leiten lassen. Dazu zählt sie die verinnerlichte Wahlpflicht ebenso wie ein autoritäres Politikverständnis, das ihrer Meinung nach eher dem von Untertanen als mündigen Bürgern entspricht. Aber allmählich, führt sie weiter aus, sei es den Deutschen gelungen zu lernen etwas abzulehnen, statt immer allem zuzustimmen.

Gleichzeitig warnt sie vor einer möglicherweise allzu großen Bereitschaft, Wahlenthaltung hinzunehmen als Zeichen von Zufriedenheit mit einem System, in dem alles bestens läuft und kein Grund zur Klage besteht. Vielmehr interpretiert sie die

²⁸ Vgl. Roth in Neuwirth, Christian (1994): *Zum Phänomen der Wahlenthaltung unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Situation*. Wien, Diplomarbeit, S. 18

sinkende Partizipation ab einer gewissen Größenordnung durchaus als Ausdruck einer politischen Vertrauenskrise und einer gestörten Beziehung zwischen Wählern und Gewählten.²⁹

Bürklin fasst die unterschiedlichen Positionen folgendermaßen zusammen:

„Entsprechend sind auch verallgemeinerte Aussagen darüber, wie hoch die Wahlbeteiligungsraten zu bewerten sind, nicht möglich. So können hohe Wahlbeteiligungsraten beides bedeuten, sowohl das Vorhandensein einer demokratisch positiv zu bewertenden aktiven Wählerschaft, die durch hohe Wahlbeteiligung Zustimmung zum bestehenden System dokumentiert, als auch das Vorhandensein großer Unzufriedenheitspotentiale in der Bevölkerung. Entsprechend können niedrige Wahlbeteiligungsraten sowohl als demokratische Apathie als auch als Indikator dafür gewertet werden, dass die Bevölkerung mit dem bestehenden System der politischen Interessensvermittlung aus vernünftigen Gründen, aber leidenschaftslos einverstanden ist.“³⁰

Die Analyse der Wahlbeteiligung sollte sich seriöserweise also nicht nur auf die absolute Zahl der Stimmen beschränken, sondern durchaus auch ihr Zustandekommen und die entsprechende Entwicklung in der Vergangenheit näher betrachten. Den Trend der sinkenden Wahlbeteiligung einzig und allein als Normalisierung zu deuten, scheint aber dennoch etwas zu kurz gegriffen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Einstellung der Bevölkerung im Lauf der Zeit geändert hat und dieser Prozess auch in nächster Zukunft weiter anhalten wird.

„In demokratischen Systemen gehören Absicht und Erwartung ebenso wie Vertrauen und Effizienz zusammen. Herrschaft auf Zeit ist eine Kreditvorgabe seitens der Wähler, die durch entsprechendes Handeln seitens der Gewählten

²⁹ Vgl. Feist, Ursula (1994), S. 7ff

³⁰ Bürklin, Wilhelm (1988): *Wahlverhalten und Wertewandel*. Leske + Budrich, Opladen, S. 85

entgolten wird. Enttäuschung stellt sich ein, wenn der Kredit verspielt wird und Erwartungen oder Versprechungen nicht realisiert werden.“³¹

Naheliegend ist daher eine stetig anwachsende Politikverdrossenheit, die mit einem gewissen Maß an Unzufriedenheit und wohl auch Gleichgültigkeit dem politischen System gegenüber einhergeht – ausgelöst durch enttäuschte Erwartungen und subjektiv nicht zurückgezahltes Vertrauen.

Entspricht die gewählte Partei den Erwartungen nicht und wird dieses Versagen mit ihr verknüpft, dann führt dies zum Vertrauensentzug und somit zu einer taktischen Wahl des geringeren Übels oder zur Nichtwahl.

Wahlenthaltung ist demzufolge ein Ausdruck dafür, dass die Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit bzw. Problemlösungskompetenz des politischen Systems als eine Folge kumulierter Enttäuschungen und nicht eingelöster Erwartungen auf alle Parteien übertragen wird.

Wie Feist feststellt, bringt dieser Umstand eine latente Gefahr für das politische System mit sich:

„Fehlendes Systemvertrauen fördert gesellschaftliche Desintegration und Regellosigkeit, es lässt nach einfachen Antworten in der Politik suchen und erleichtert somit auch die Annäherung an extreme Parteien.“³²

So wie die Meinungen im Hinblick auf das Ausmaß der idealen Wahlbeteiligung auseinander gehen, unterscheiden sich natürlich auch die Maßnahmen, welche als Reaktion auf den zunehmenden Wählerschwund in Betracht gezogen werden.

Anhänger der klassischen Demokratietheorie plädieren für eine Ausweitung der Partizipation, da ihrer Meinung nach nur ein hoher Grad an politischer Beteiligung als Garant für die Stabilität eines demokratischen Systems dienen kann.

Diese Position beruht auf der Annahme, dass³³

³¹ Henning in Völker, Marion und Bernd Völker (1998), S. 7f

³² Feist, Ursula (1994), S. 9

³³ Nach Schoof in Völker, Marion und Bernd Völker (1998), S. 7

- Bürger, die ihre Möglichkeiten zur politischen Partizipation nicht ausschöpfen, möglicherweise nicht repräsentiert werden und folglich die Eliten ohne Berücksichtigung der Interessen Nichtpartizipierender regierten;
- eine Ausweitung politischer Apathie Wegbereiter für die Regierungsübernahme seitens unerwünschter politischer Führer wäre;
- politische Partizipation eine Erziehungsfunktion zur Förderung des politischen Urteilsvermögens beinhalte, die durch die Teilnahme an der Politik aktiviert würde;
- Apathie auf eindeutige Identifikationsdefizite eines politischen System hinweise und somit sowohl ein Symptom als auch eine Ursache für dessen Instabilität sei.

Anhänger der „elitetheoretischen“ Position hingegen nehmen einen geringeren Partizipationsgrad als normal hin. Sie plädieren für eine gesunde Apathie als Voraussetzung für die Stabilität demokratischer Systeme und stützen sich dabei auf die folgenden Annahmen:³⁴

- Politische Partizipation uniformierter Bürger sei aufgrund der großen Wahrscheinlichkeit falscher Wahrnehmung allgemeingesellschaftlicher Interessen seitens derselben gefährlich;
- Der Bürger habe auch ein Recht auf Nichtbeteiligung an der Politik, da Partizipation nur als Mittel zur Durchsetzung bestimmter Ziele verstanden würde;
- Die aktive Partizipation an der Politik solle vorzugsweise nur von einer kleinen Minderheit der Bürger geleistet werden, die zur kompetenten Beurteilung der

³⁴ Nach Schoof in Völker, Marion und Bernd Völker (1998), S. 8

weithin komplexen politischen Vorgänge in der Lage sei. Diese Gruppe solle sich aus allen gesellschaftlichen Schichten zusammensetzen;

- Ein aktives Elektorat könne zu einer Überbetonung der Konfliktdimensionen und damit zur Instabilität als Folge der Fragmentierung der Gesellschaft führen.

Zu beachten ist in Bezug auf die zweite Argumentation allerdings, dass eine geringe Wahlbeteiligung demnach nur dann als positiv gesehen werden kann,

„(...) wenn sie seitens kompetenter Bürger erfolgt, die zusätzlich die gesellschaftlichen Schichten widerspiegeln, und die Wahlenthaltung seitens uniformierter Bürger stattfindet.“³⁵

Der Darlegung dieser unterschiedlichen Aspekte und Interpretationen zur Wahlbeteiligung scheint meiner Einschätzung nach gegenwärtig eine besondere Bedeutung zuzukommen, da in der Öffentlichkeit – besonders in den Medien, aber auch seitens der politischen Parteien – fast ausschließlich die Meinung transportiert wird, eine hohe Wahlbeteiligung sei wünschenswert. Die Zahl der Nichtwähler habe ein erschreckendes, ja alarmierendes Ausmaß angenommen und es läge demnach im Interesse aller, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erzielen.

2.4 Die Nichtwähler

Niemand kann vermuten und verlangen, dass Wähler in sämtlichen politischen Sachfragen Experten sind. Janowitz und Marvick³⁶ unterstellen dies auch nicht.

³⁵ Völker, Marion und Bernd Völker (1998), S. 8

³⁶ Janowitz und Marvick in Feist, Ursula (1994), S. 39

Vielmehr billigen sie den Wählern aber die *Weisheit des Durchschnittsbürgers* zu, die auf lange Sicht in der Wahlentscheidung anderen Alternativen überlegen sein könnte.

Sie gehen davon aus, dass der *Common Sense* zu einem besseren politischen Urteil befähigt als der Sachverstand von Spezialisten, den diese im professionellen Training erworben haben. Die Überlegenheit resultiert daher, dass sich der *Common Sense* im Alltag ständig mit der Erfahrungswelt der Einzelnen rückkoppeln muss und durch diese Bürgernähe Autorität und Authentizität erwirbt. In diesem Sinne entdeckten Janowitz und Marvick in ihrer Analyse der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl 1952 bei den engagierten Wählern die notwendige und sachverständige Urteilsfähigkeit.

Trotz der verbesserten Information durch die Massenmedien und trotz der Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte gehen die Parteien heutzutage aber von einem anderen Menschenbild aus. Aufgrund eines gewissen Zynismus‘ der Parteien ihren Wählern gegenüber halten diese im Allgemeinen den Großteil ihrer Wähler für politisch uninformiert und sogar unterbelichtet und daher für intellektuell unfähig, sich ein angemessenes Urteil zu bilden.³⁷

Angesichts einer solchen Einstellung von Seiten der Gewählten ihren Wählern gegenüber ist es nicht weiter verwunderlich, wenn sich die Distanz zwischen diesen beiden Welten zusehends vergrößert. Die Abgehobenheit in Teilen der professionellen Politik – die sich unter anderem in plumpen Wahlversprechen, die von vornherein keine Chance auf Realisierung haben, manifestiert – führt zu einer anwachsenden Politikverdrossenheit seitens der Wähler und provoziert entsprechend kritische Reaktionen.

Im demokratischen Rahmen können diese in Form einer Protestwahl oder aber dem gänzlichen Fernbleiben von der Wahl erfolgen. Dies mag einer der Gründe für die sinkende Wählerzahl sein. Es gibt aber noch Dutzende andere Ursachen, die zum zahlenmäßigen Anstieg der Nichtwähler führen.³⁸

³⁷ Vgl. Feist, Ursula (1994), S. 39f

³⁸ Siehe Kapitel 2.6 *Versuch einer Kategorisierung von Nichtwählern* und 2.10 *Charakterisierung von Nichtwählertypen nach Kleinhenz*.

Die Nichtwähler sind eine äußerst interessante, wenn auch von der Wissenschaft bisher nur unzureichend erforschte Spezies. Erstens werden kaum repräsentative Daten zu diesem Thema erhoben und zweitens wird vermutet, dass es zwar einige Studien gibt, die sich mit dem Phänomen der Nichtwähler auseinandersetzen, und damit auch konkrete Ergebnisse erzielt wurden, dass diese Studien aber aus den unterschiedlichsten Interessen von den Auftraggebern nicht veröffentlicht werden.

Aufgrund der zugänglichen Datenlage wird sich diese Arbeit empirisch hauptsächlich auf die Analyse von Nichtwählerbefragungen im Rahmen der Europaparlamentswahl in Österreich beziehen. Hierbei muss angemerkt werden, dass sich diese Ergebnisse aus bereits im Vorwort genannten Gründen nicht problemlos auf andere Wahlen übertragen lassen.

Des Weiteren werden in diesem Teil der Arbeit Wahlergebnisse und Befragungen im Zuge diverser Wahlen – unter anderem von österreichischen Nationalratswahlen – besprochen und einige veröffentlichte Studien, die sich jedoch hauptsächlich mit der Situation in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen, in der gebotenen Kürze wiedergegeben.

Vorab kann eines auf alle Fälle festgehalten werden: Bei Nichtwählern handelt es sich keinesfalls um eine in sich homogene Gruppe. Menschen, die sich ihrer Stimme enthalten, unterscheiden sich erheblich voneinander, sowohl in soziodemografischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Motive ihrer Wahlenthaltung.

Zudem wechselt Wahlbeteiligung auch mit Zeit und Raum, ohne dass sich davon jeweils ein Anhaltspunkt für den demokratischen Reifegrad ablesen ließe. Vielmehr gibt es immer und überall einen Kern unerreichbarer Personen, der unter keinen Umständen von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Vermutlich sind diese Individuen strukturell ähnlich, aber es sind nicht unbedingt von Mal zu Mal dieselben. Und im Übrigen machen sie auch nur einen kleinen Teil der Nichtwähler aus.

Die restlichen Nichtwähler, die sich je nach Situation motivieren lassen oder nicht, werden als *konjunkturelle* oder *sporadische Nichtwähler* bezeichnet. Auf sie werde ich im weiteren Verlauf der Arbeit noch näher eingehen.

Die Nichtwähler

Schon allein die Tatsache, dass ihre Zahl im Verlauf der letzten Jahrzehnte zugenommen hat, lässt den Schluss zu, dass sich mit diesem Anstieg auch das Profil der Nichtwähler verschoben bzw. gewandelt haben muss und man niemals von *d e m* Nichtwähler sprechen kann.

Die Definition der Nichtwähler ist eine relativ einfache: Es handelt sich dabei um Personen, die von Seiten des Gesetzes dazu berechtigt sind, an Wahlen teilzunehmen, dies aber nicht tun. Eine Unklarheit besteht lediglich in Bezug auf sogenannte *Weißwähler*³⁹ und diejenigen, die eine ungültige Stimme abgeben.

Genau genommen zählen leer abgegebene Stimmzettel zu den ungültigen Stimmen. Inhaltlich macht es aber durchaus einen Unterschied, ob jemand bewusst ungültig wählt oder ob dies unabsichtlich passiert, wie das zum Beispiel bei den Österreichischen Nationalratswahlen 2008 – speziell im Zusammenhang mit der Briefwahl – vermehrt vorgekommen sein soll.

„Ein Weiß-Wählender zeigt sich als hochgradig politischer Mensch, der mit seiner spezifischen Art, eine Stimme abzugeben, ein ausgeprägtes Protestwahlverhalten an den Tag legen kann.“⁴⁰

Während Nichtwähler landläufig geringes politisches Interesse unterstellt wird.

³⁹ *Weißwähler* = Wähler, die zur Wahl gehen und einen Stimmzettel abgeben, diesen aber nicht ausfüllen

⁴⁰ Neuwirth, Christian (1994), S. 8

2.5 Demokratiepolitische Aspekte einer Wahl

Ist ein nicht abgegebenes Votum eine vergebene Chance?

Fakt ist, dass Nichtwähler weder bei der politischen Verwertung des Wahlergebnisses noch bei der Mandatsverteilung berücksichtigt werden. Selbiges gilt für die Stimmen der sogenannten Weißwähler und jener, die absichtlich oder unabsichtlich ungültig gewählt haben. Indirekt wirkt sich die Stimmenthaltung dahingehend aus, dass die von anderen herbeigewählten Kräfteverhältnisse gefestigt werden.

Somit scheint das Nichtwählen auf den ersten Blick ein rein symbolischer Akt mit unbeabsichtigten Folgen zu sein. Es bleibt die Frage, ob Nichtwähler nicht doch etwas bewirken können.

Hans Kelsen, der die österreichische Bundesverfassung wesentlich mitgestaltet hat, benutzt ganz bewusst den Terminus *Demokratie* als Idee, weist aber im Folgenden darauf hin, dass dieser Idee der „Demokratie in der Realität gewisse Schranken auferlegt sind.“ Er spricht in Bezug auf die Wahlenthaltung von mangelndem politischem Interesse, das heißt von einem unausgewogenen Verhältnis der tatsächlichen zur berechtigten (gesollten) Beteiligung an der Bildung des per Wahlentscheid geäußerten Gemeinschaftswillens.⁴¹

Es ist nicht leicht zu bewerten, welche konkrete Rolle Nichtwähler bei der Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaft spielen. Doch welchen Anforderungen müssen Wahlen überhaupt genügen, um demokratiefördernd zu sein?

Ursprünglicher Sinn einer demokratischen Wahl, wie sie gegenwärtig üblicherweise praktiziert wird, ist es, den Willen der Bevölkerung abzubilden und den demokratischen Zustand einer Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Frühe Demokratietheoretiker

⁴¹ Vgl. Kelsen, Hans (1967): *Demokratie und Sozialismus. Ausgewählte Aufsätze*. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien S. 11

gingen davon aus, dass Eigeninteressen diesen Prozess am besten steuern können. So ergäbe sich ein rationaler Konsens, wenn alle nach Eigeninteresse handelten.

Wenn alle Menschen vernünftig, verantwortungsbewusst und ausreichend informiert sind, um ihre Eigeninteressen erkennen zu können, entsteht aus solchem Handeln unausweichlich Harmonie und allgemeine Wohlfahrt. Die Repräsentanten dieser unterschiedlichen Interessen sollen mittels Wahlen bestimmt werden. Einmal dazu ausgewählt, treten diese Repräsentanten als Agenten ihrer Auftraggeber – also ihrer Wähler – auf und stellen mit der Ausübung ihres Mandats einen demokratischen Interessensausgleich her.

Da jedoch nicht alle Wähler über die idealen Fähigkeiten verfügen, ihre Eigeninteressen klar zu formulieren, wurde diese Theorie des übertragenen Mandats als Grundlage einer demokratischen Entwicklung von Kritikern bald in Frage gestellt. Unter gewissen Umständen sei die Gefahr von Manipulationen durch politische Organisationen, aber auch durch Massenmedien, gegeben, wurde kritisch angemerkt. Statt Selbstbestimmung wird so ungewollte Fremdbestimmung gefördert. Der Erfolg der NSDAP innerhalb eines demokratischen Wahlsystems sei ein gleichermaßen anschauliches wie abschreckendes Beispiel für eine solche mögliche Entwicklung.⁴²

Morris Janowitz und Dwaine Marvick setzten nach einer Studie zur amerikanischen Präsidentenwahl 1952 der Stellvertreter- bzw. Mandatstheorie ein anderes Konzept entgegen.⁴³

Für sie erfüllen Wahlen in einem demokratischen System eine doppelte Aufgabe: Sie sorgen für die Auswahl von gegeneinander um ein Mandat oder Regierungsamt konkurrierenden Kandidaten oder Parteien, sind zugleich aber auch ein Mittel, um

⁴² Vgl. Eilfort, Michael (1994): *Die Nichtwähler – Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. S. 33 und Feist, Ursula (1994), S. 34f

⁴³ Janowitz, Morris und Dwaine Marvick (1956): *Competitive Pressure and Democratic Consent – An Interpretation of the 1952 Presidential Election*. Bureau of Government, Institute of Public Administration, University of Michigan

Kompromiss und Konsens zwischen politischen und sozialen Kräften herbeizuführen – und zwar nach vereinbarten und anerkannten Spielregeln.

Auf diese Weise organisiert und verankert der Wahlvorgang Demokratie in der Gesellschaft.

Janowitz und Marvick stellen einen Katalog von fünf Kriterien auf, mit dessen Hilfe die demokratische Qualität einer Wahl verdeutlicht und bewertet werden kann. Diese hängt ab von jenem Ausmaß:⁴⁴

- in dem die Parteienkonkurrenz ein hohes Niveau an Wahlbeteiligung unter allen sozialen Gruppen erzeugt;
- in dem Wahlbeteiligung auf hohem politischem Selbstvertrauen beruht wie auch auf hohem Eigeninteresse am Ausgang der Wahl;
- in dem der Parteienwettbewerb eine wirkungsvolle politische Argumentation über Themen und Kandidaten anregt und eine sinnvolle Grundlage für die Wahlentscheidung schafft;
- in dem die konkurrierenden Parteien sich gegenseitig verpflichten, die Massenmedien nicht einseitig für sich zu monopolisieren;
- in dem persönliche Gespräche wesentlicher Bestandteil des Wahlkampfes sind, unabhängig vom Einfluss der Massenmedien.

⁴⁴ Vgl. Janowitz, Morris und Dwaine Marvick (1956): *Competitive Pressure and Democratic Consent – An Interpretation of the 1952 Presidential Election*. Bureau of Government, Institute of Public Administration, University of Michigan und Morris Janowitz und Dwaine Marvick in Feist, Ursula (1994), S. 31ff

Untersucht man die aktuellen Wahlen anhand dieses Kriterienkatalogs auf Schwachstellen und analysiert bzw. beurteilt damit, inwieweit sie den demokratischen Prozess stützen und demzufolge auch Menschen dazu bewegen, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen, wird man recht schnell die Defizite herkömmlicher Wahlen erkennen.

Auch Janowitz und Marvick fanden damals eine Reihe von Schwachpunkten, die den demokratischen Prozess gefährden können.

Betrachten wir zunächst die Forderung, alle Gruppen sollen möglichst in gleichem Umfang und möglichst zahlreich mobilisiert werden.

Vielfach wird zwar die Meinung vertreten, in einer Demokratie sollte jeder wählen, doch diese Forderung ist mehr als utopisch. Nach Eilfort „geht es nicht um das Maximum, sondern um das Optimum an Beteiligung.“⁴⁵ Außerdem kann ein gewisses Maß an politischer Gleichgültigkeit dem System sogar zugutekommen, da es – indem Emotionen gedämpft werden – gegen Radikalisierung wirken kann.

Es wird allerdings sehr schnell problematisch, wenn sich die Partizipation ungleich verteilt und somit einige gesellschaftliche Gruppen systematisch über- oder unterrepräsentiert werden.

Janowitz und Marvick stellten damals beispielsweise fest, dass die unterste Mittelschicht die geringste Wahlbeteiligung aufwies und demzufolge aus der demokratischen Meinungsbildung, die zu einem Präsidentenwechsel führte, weit mehr als andere ausgeschlossen war. Und auch Eilfort schränkt ein, dass „100-prozentige Wahlbeteiligung anzustreben ist – nur dann würde das gewählte Gremium die Interessen der gesamten Gesellschaft widerspiegeln.“⁴⁶

Das zweite Kriterium von Janowitz und Marvick zielt auf das Eigeninteresse der Wähler am Wahlausgang und auf deren politisches Selbstbewusstsein ab.

Durch das Hinzufügen eines realistischen sozialpsychologischen Ansatzes wandeln sie die alte Theorie vom rationalen Eigeninteresse als demokratischer Motor entscheidend

⁴⁵ Eilfort, Michael (1991): *Die Nichtwähler*. In: *Wahlverhalten*. Kohlhammer Taschenbücher, Band 1093, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart, S. 225

⁴⁶ Eilfort, Michael (1991), S. 225

ab. Wahlbeteiligung ist für all jene sinnvoll, die davon überzeugt sind, dass der Einzelne, der die entsprechende Macht und Kompetenz besitzt, durch sein Verhalten den Fortgang der Politik beeinflussen kann und dies auch praktiziert. Sie sehen weiters die Triebfeder für die Wahlbeteiligung in der Einschätzung des Wählers, der Ausgang der Wahl könne sich günstig oder ungünstig auf sein eigenes Schicksal auswirken bzw. ziehe Konsequenzen für den Einzelnen nach sich.

Das dritte Kriterium scheint heutzutage nahezu unrealistisch und unerfüllbar. Es verlangt nämlich, dass die unterschiedlichen Parteien und Kandidaten den Umworbenen einleuchtende Argumente und eine insgesamt sinnvolle Entscheidungsgrundlage bieten sollten, damit der Wahlvorgang die Vorgabe erfüllt, die Demokratie zu stabilisieren.

In Wahlkämpfen wird aber immer weniger auf Argumente gesetzt. Vielmehr erschöpfen sich diese zumeist in der Präsentation von Symbolen und Images. Doch ein sinnstiftender Konkurrenzkampf sollte eigentlich nicht nur zum Schein inszeniert werden, sondern tatsächlich brauchbare Alternativen aufzeigen.

Anstelle von inhaltlichen Konflikten werden zunehmend Skandale bearbeitet. Das entspricht keiner echten positiven Konkurrenz. Auch der tendenziell anwachsende Einfluss der Medien auf das Alltagsleben fördert diese Entwicklung. Wahlkämpfe können schon allein aus diesem Grund keine Orientierung für eine kompetente Wahlentscheidung liefern. Es wird also zunehmend unmöglich, die Positionen und Qualitäten von Kandidaten samt ihren unterschiedlichen Problemlösungsansätzen zu erkennen.

Kriterium vier und fünf sind gemeinsam zu betrachten. Sie nehmen insbesondere die Kommunikationsbedingungen einer Wahl ins Visier.

Der Meinung von Janowitz und Marvick folgend, sollten alle wahlwerbenden Parteien die gleichen Zugangschancen zu den Massenmedien haben. So gilt es zu vermeiden, dass sich die Nutzung der Medien – etwa durch die unverhältnismäßige Bereitstellung von Sendezeit oder die Möglichkeit, auf Beiträge redaktionell Einfluss zu nehmen – als ein kostenloses Privileg der etablierten Parteien darstellt. Auch kleine, neu gegründete,

ja sogar extreme Parteien, die im legalen demokratischen Spektrum angesiedelt sind, müssen Zugang zu diesem System haben.

Die Massenmedien sollen einen Wahlkampf auch nicht derart dominieren, dass es den Parteien nicht mehr möglich ist, das Meinungsklima und die politische Meinungsbildung durch den Wahlkampf ihrer Aktivisten zu beeinflussen. Als Gegengewicht zum Einfluss der Medien soll das persönliche Gespräch ebenfalls die Voraussetzung für eine individuelle Meinungsbildung schaffen. Organisationsstarke Parteien haben in diesem Bereich Vorteile, aber aufgrund der sinkenden Motivation der meisten Bürger bezüglich aktiver Mitarbeit schwindet diese Möglichkeit, Überzeugungsarbeit zu leisten und auf diese Art Argumente an den Wähler heranzutragen.⁴⁷

2.6 Versuch einer Kategorisierung der Nichtwähler

In der wissenschaftlichen Literatur gibt es verschiedene Einteilungen, die es ermöglichen sollen, Nichtwähler zu charakterisieren und zu kategorisieren.

Eine einfache Unterscheidung lässt sich anhand der Häufigkeit der Wahlverweigerung vollziehen. So gibt es nach Dieter Roth auf der einen Seite *grundsätzliche Nichtwähler* und auf der anderen Seite *konjunkturelle Nichtwähler*, die sich nur ab und zu ihrer Stimme enthalten.⁴⁸

Eine andere Möglichkeit, die Gruppen der Nichtwähler voneinander abzugrenzen, bietet sich anhand der Gründe, die zur Nichtwahl führen. So teilt Eilfort beispielsweise das Spektrum der Systemgegner, Unpolitischen, Gleichgültigen, Bequemen, Kranken, Wahlmüden, Unzufriedenen, Erbosten, Abgeschreckten, Resignierten und anderer in

⁴⁷ Vgl. Janowitz, Morris und Dwaine Marvick (1956) und Morris Janowitz und Dwaine Marvick in Feist, Ursula (1994), S. 31ff

⁴⁸ Roth in Neuwirth, Christian (1994), S. 9

drei große Gruppen von Nichtwählern, Entsprechend seiner Definition unterscheidet man zwischen *unechten Nichtwählern*, die sich meist aus technischen Gründen und wider Willen ihrer Stimme enthalten, den *dauernden bzw. grundsätzlichen Nichtwählern* sowie *konjunkturellen Nichtwählern*.⁴⁹

2.6.1 Unechte Nichtwähler⁵⁰

Feist definiert als *unechte Nichtwähler* jene Personen, die aus technischen Gründen nicht in der Lage sind, an einer Wahl teilzunehmen. Mögliche Ursachen dafür können beispielsweise ein Umzug kurz vor der Wahl sein, oder auch der Tod unmittelbar vor dem Wahltermin. Weiters könnte der Fall eintreten, dass Briefwahlunterlagen nicht rechtzeitig eingetroffen sind oder eine Person ohne festen Wohnsitz erhält erst gar keine Wahlbenachrichtigung. Melderegister sind auch im Zeitalter der Elektronik nicht immer auf dem aktuellsten Stand.

Geschätzte vier Prozent der Wähler sind aus derartigen technischen Gründen von Wahlen ausgeschlossen.

2.6.2 Unfreiwillige Nichtwähler⁵¹

Weitere zwei Prozent der Wähler gelten als *unfreiwillige Nichtwähler*, das heißt, sie werden kurzfristig durch unvorhersehbare Ereignisse wie Krankheit oder Reisen daran gehindert, an einer Wahl teilzunehmen.

2.6.3 Dauer-Nichtwähler⁵²

Für die kleine Zahl der *Dauer-Nichtwähler* kommt die Teilnahme an einer Wahl aus grundsätzlicher Überzeugung nicht in Frage. Häufige Beweggründe für eine solche Einstellung stellen religiöse Motive dar – so etwa bei den Zeugen Jehovas – oder auch

⁴⁹ Vgl. Eilfort in Neuwirth, Christian (1994), S. 9

⁵⁰ In Feist, Ursula (1994), S. 28

⁵¹ Ebenda

⁵² Ebenda

ideologische Vorbehalte entschiedener Systemgegner. Vier bis fünf Prozent der Wahlberechtigten dürften zu dieser Gruppe der *Dauer-Nichtwähler* zählen.

2.6.4 Konjunktuelle Nichtwähler⁵³

Konjunktuelle Nichtwähler wiederum entscheiden je nach den Rahmenbedingungen einer bestimmten Wahl, ob sie ihre Stimme abgeben oder nicht. Für sie spielt es eine entscheidende Rolle, um welche Wahl es sich handelt, ob der Bundespräsident, das Europaparlament, der Nationalrat, ein Landtag oder etwa ein Gemeinderat samt Bürgermeister gewählt werden soll und welche Parteien bzw. Personen zur Auswahl stehen. Immer häufiger stellen Vertreter dieser Gruppe ein Moratorium zur Besserung an die Parteien, bevor sie überhaupt wieder wählen gehen wollen. Sie hinterfragen damit nicht nur den Sinn einer Stimmabgabe bei einer konkreten Wahl. Vielmehr rücken sie den Gesamtzustand des politischen Systems mit seiner politischen Kultur in den Fokus und stellen die Leistungsfähigkeit der Politik insgesamt auf den Prüfstand.

Sieben bis zehn Prozent der Wähler sind im Schnitt als *unechte* oder *Dauer-Nichtwähler* zu klassifizieren.⁵⁴ Die Zahl der *konjunkturellen Nichtwähler* ist dagegen, je nach Wahlebene, doppelt bis dreimal so groß.⁵⁵

Folgt man der Einteilung der Nichtwähler in die drei eben beschriebenen Gruppen, so rücken die *konjunkturellen Nichtwähler* ins Zentrum des politischen Interesses.

Sie sind der interessanteste Teil des Ganzen, denn sie sind schließlich die Variable, die hinsichtlich der Wahlbeteiligung beeinflusst werden kann. Sie gilt es, im Besonderen zu einer Stimmabgabe zu motivieren. Bei ihnen können Parteien mit ihren Themen und Argumenten punkten. Sie können durch überzeugende Persönlichkeiten als Spitzenkandidaten für eine Wahl mobilisiert werden.

⁵³ In Feist, Ursula (1994), S. 29

⁵⁴ R.R. Lavies stellt bei einer Analyse der deutschen Bundestagswahlen bis 1972 fest, dass die Hälfte der Nichtwähler als unechte Nichtwähler anzusehen ist und sich zum großen Teil durch Fehler in der amtlichen Statistik erklären lässt. Er trennt die Nichtwähler in sechs Gruppen, wobei die ersten fünf Gruppen durch Fehlerquellen in der amtlichen Statistik zu beschreiben sind und insgesamt zirka 4% der Wahlberechtigten umfassen. Vgl. Lavies, Ralf-Rainer (1973): *Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens*. Düsseldorf S. 49ff

⁵⁵ Nach Feist, Ursula (1994), S. 29

Von Kurt Traar stammt eine weitere Typisierung, die die Gruppen der *Protest-Nichtwähler*, der *systemverdrossenen Nichtwähler* und der *verhinderten Nichtwähler* umfasst.⁵⁶

Christian Neuwirth schlägt nun vor, diese Einteilung um die Gruppe der *pseudoverhinderten Nichtwähler* zu ergänzen, und geht in der Folge davon aus, damit eine zur Aufschlüsselung der Nichtwähler durchaus brauchbare – weil einfache, aber nicht zu sehr vereinfachende – Einteilung vorzulegen.

2.6.5 Protest-Nichtwähler

Die Gruppe der *Protest-Nichtwähler* ist zahlenmäßig die größte der vier genannten Gruppen. Hierbei handelt es sich um Personen, die aufgrund der Unzufriedenheit mit der regierenden Partei dem Urnengang fernbleiben. Die Aufgabe bzw. Chance von Oppositionsparteien wäre es nun, solchermaßen Unzufriedene von sich zu überzeugen und diesen eine attraktive Alternative zu bieten. Gelingt dies nicht, führt der Parteiwechsel der Unzufriedenen zum Nichtwählen.

Bei den *Protest-Nichtwählern* handelt es sich oftmals um *konjunkturelle Nichtwähler*, die durchaus gewillt sind, bei späteren Wahlen wieder zu ihrer Partei zurückzukehren oder auf dem Weg zu einer anderen Partei einen Zwischenstopp im Lager der Nichtwähler einlegen.

In gewisser Weise wählen *Protest-Nichtwähler* also auch, denn sie vertreten mit ihrem überlegten Protest durchaus eine Meinung. Das heißt, in den meisten Fällen kann nicht Interessenslosigkeit oder gar Gleichgültigkeit unterstellt werden, sondern man muss vielmehr davon ausgehen, dass der Stimmenthalt kalkuliert und der Nichtwahl ein bewusster Überlegungs- und Entscheidungsprozess vorausgegangen ist.

Zu den *Protest-Nichtwählern* ist ebenfalls jener Teil der Wahlberechtigten zu zählen, der seiner Partei in gewissen Punkten zustimmt, in anderen jedoch eine mit seiner Partei

⁵⁶ Vgl. Traar in Neuwirth, Christian (1994), S. 10

unvereinbare Position vertritt und aus diesem Grund kein eindeutiges und umfassendes Bekenntnis zu seiner Partei ablegen kann.

2.6.6 Systemverdrossene Nichtwähler

Systemverdrossene Nichtwähler fühlen sich durch das parlamentarische System an sich nicht vertreten und lehnen die Wahlen aus grundsätzlichen ideologischen Gründen ab. Besonders häufig tritt diese Einstellung in Verbindung mit rechts- oder linksextremen Positionen auf, aber auch mit diffusen politischen Vorstellungen. Solche Systemverdrossenen sind in der Regel Dauernichtwähler, da sie diesem System beinahe schon feindlich gegenüberstehen.

2.6.7 Verhinderte Nichtwähler

Zur Gruppe der *Verhinderten* sind jene Wahlberechtigten zu zählen, die tatsächlich an der Wahl teilnehmen wollten, dies jedoch aus unterschiedlichsten externen Motiven schlussendlich nicht tun konnten. Sie sind im Grunde mit den *unechten Nichtwählern* bei Feist und Eilfort gleichzusetzen.

2.6.8 Pseudoverhinderte Nichtwähler

Mitunter schwer von dieser eben beschriebenen Gruppe abzutrennen, aber durchaus gesondert zu betrachten ist die Gruppe der *Pseudoverhinderten*. Zu ihr zählen jene Wahlberechtigten, die an der Wahl aufgrund eines – lediglich vorgeschobenen, in Wirklichkeit aber nicht in dem Ausmaß bedeutenden – externen Faktors nicht teilnehmen. Es ist davon auszugehen, dass diese Gruppe die der tatsächlich Verhinderten zahlenmäßig bei Weitem übertrifft, denn hierbei handelt es sich um die bequemste Methode, sein Nicht-Agieren durch einen scheinbar triftigen Grund zu rechtfertigen. Dieser Gruppe wird ein geringes politisches Interesse unterstellt.⁵⁷

⁵⁷ Vgl. Neuwirth, Christian (1994), S. 10ff

2.7 Motive und Eigenschaften der Nichtwähler

Nichtwähler sind, wie bereits erwähnt, bei Weitem keine homogene Gruppe. Hinter der scheinbar banalen Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen – sofern es sich tatsächlich überhaupt um eine aktiv getroffene Entscheidung handelt – stehen die unterschiedlichsten Gründe und Motive. Dennoch oder vielleicht gerade deshalb ist es lohnenswert, die Nichtwähler einerseits mit den Wählern zu vergleichen und andererseits die Gruppe der Nichtwähler näher zu beleuchten. In dem folgenden Kapitel und auch in der empirischen Beschreibung der Nichtwähler bei den Wahlen zum Europaparlament soll das geschehen.

Einer der Pioniere der Nichtwählerforschung in Deutschland ist Günter Radtke⁵⁸, der bereits 1972 eine Studie vorlegte, mit deren Hilfe er Wahlenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland durch individuelle Einstellungen und sozialstrukturelle Merkmale erklärt.

Seinen Ergebnissen zufolge unterscheiden sich Wähler von Nichtwählern in erster Linie durch ihr geringeres politisches Interesse sowie durch die Wahrnehmung ihrer politischen Einflussmöglichkeiten, die Nichtwähler bedeutend geringer einschätzen als aktive Wähler.

Wähler machen sich ein grundsätzlich positiveres Bild von den Parteien als Nichtwähler, denen eher ein neutral-distanziertes Verhältnis eigen ist. Allerdings weisen diese auch keine ablehnende Haltung auf, die darauf schließen lassen würde, dass sie dem politischen System insgesamt entfremdet wären, ja, es sogar generell ablehnen würden.

⁵⁸ Radtke, Günter D. (1972): *Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Meisenheim am Glan

Nach Radtke ist bei den Wählenden außerdem die Einstellung zur Wahl als Staatsbürgerpflicht deutlich stärker gegeben als bei den Wahlverweigerern. Dieses unterschiedlich stark internalisierte Pflichtgefühl erklärt er anhand sozialstruktureller Merkmale wie Bildung, Alter, Geschlecht und Familienstand.

Demzufolge weisen Personen ohne Ausbildung die niedrigste Teilnahmebereitschaft von allen auf. Bezogen auf das Lebensalter steigt die Wahlbeteiligung bis zu den 40 – 65-Jährigen auf einen Maximalwert an, um anschließend wieder abzufallen.

Frauen konstatiert Radtke eine geringere Teilnahmebereitschaft als Männern, wobei er dieses Phänomen als ein im Aufbruch begriffenes sieht.

Völker hingegen glaubt, bei Unverheirateten eine geringere Teilnahmebereitschaft zu erkennen als bei Verheirateten.⁵⁹

Feist sieht in der Gruppengebundenheit der Menschen einen wesentlichen Faktor, der entscheidend dazu beiträgt, ob der Einzelne an einer Wahl teilnimmt oder nicht. Demnach neigen stark isolierte Personen oder Menschen, die in Randgruppen eingebunden sind, mit größerer Wahrscheinlichkeit dazu, ihr Votum zu verweigern, als Menschen aus der Mitte einer Gesellschaft.

Es gilt aber zu bedenken, dass die bislang hier getroffenen Aussagen zum Wahlverhalten einzelner Gruppen natürlich nicht ohne Weiteres auf die Individualebene übertragbar sind.

Michael Eilfort schreibt zwar einerseits:

„Frauen neigen eher zur Wahlenthaltung als Männer, junge Leute und Senioren eher als ‚Mittelalte‘, Protestanten eher als Katholiken. Die Stadt beteiligt sich in geringerem Maße als das Land, Menschen mit geringerem Sozialstatus und

⁵⁹ Vgl. Völker, Marion und Bernd Völker (1998), S. 71f

Randgruppen sind teilnahmsloser als angesehene, integrierte Bürger mit höherem Bildungs-, Einkommens- und Lebensniveau.“⁶⁰

Sogleich jedoch schränkt er wieder ein:

„Groß scheint die Versuchung, aufgrund der Befragungsergebnisse einen „fiktiven Nichtwähler“ zu beschreiben. Danach könnte man wohl feststellen, daß (sic!) die konfessionslose, seit kurzem in einer Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern lebende, ledige Putzfrau zwischen 18 und 24 Jahren Nichtwählerin, der „kirchengehende“, in einer kleinen Gemeinde wohnende, verheiratete 50-jährige hohe Beamte mit vier Kindern und aktiver Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr wohl Wähler (...) war Ein solches Vorgehen wäre unseriös. Die beiden Typen dürften lediglich durch eine unterschiedliche starke Neigung zur Enthaltung charakterisiert sein. Wahlbeteiligung ist nicht aufgrund irgendwelcher, wie auch immer gearteter Merkmale auf individueller und damit auch auf kollektiver Ebene errechenbar. Wäre das der Fall – auch bezüglich des Inhalts der Wahlentscheidung –, bräuchten Wahlen gar nicht mehr stattzufinden, weil man aufgrund der Zusammensetzung der Wählerschaft die Ergebnisse bereits vorher berechnen könnte.“⁶¹

Auf den ersten Blick wirkt also das soziale Porträt der Nichtwähler zwar wie eine Beschreibung der politisch Desinteressierten und gesellschaftlich Desintegrierten. Beobachtungen in jüngerer Zeit setzen aber einen neuen Akzent:

Zunehmend bleiben vor allem auch Gutinformierte und Gutsituierte den Wahlen fern. Die Zahl der kritisch-intelligenten Nichtwähler steigt.

Alte Typologien von Nichtwählern sind daher um diese neue Kategorie zu ergänzen.⁶²

⁶⁰ Eilfort, Michael (1991), S. 251

⁶¹ Eilfort, Michael (1991), S. 252

⁶² Vgl. Feist, Ursula (1994), S. 31

2.8 Erklärungsmuster für die Wahlenthaltung

Immer mehr *konjunkturelle Nichtwähler* verzichten auf ihr Wahlrecht, ein demokratisches Grundrecht zur Mitbestimmung, das den Herrschenden vergangener Zeiten unter großen persönlichen Opfern erst abgerungen werden musste. Diese Tatsache scheint gesichert. Doch warum kommt es dazu, dass so viele von diesem Recht kaum einen bis gar keinen Gebrauch machen?

Gibt es nur dann einen Grund zu wählen, wenn wirklich etwas zu entscheiden ist, also bei wichtigen Zukunfts- und Schicksalsfragen der Nation, wenn klare Richtungsentscheidungen anstehen oder klare Alternativen zwischen Parteien und Kandidaten, überzeugende Lösungen von Streitfragen angeboten werden, bei zu erwartenden Kopf-an-Kopf-Rennen, wo alles offen scheint und jede Stimme zählt? Wenden sich Nichtwähler womöglich von ihrer bisherigen Partei ab und wollen ihr einen Denktzettel verpassen, um sie zu einer programmatischen Änderung, einem politischen Kurswechsel zu drängen? Sind Nichtwähler Menschen, die schon alles ausprobiert haben und resignieren, weil sie keinen Sinn mehr im Wählen sehen, da ihr Votum doch nichts zu ändern vermag?

Oder ist es genau umgekehrt? Sind Nichtwähler tendenziell so zufrieden mit der Politik, dass sie keinen Grund sehen, sich einzumischen und sich stattdessen lieber um näherliegende private Angelegenheiten kümmern? Oder aber sie setzen verstärkt auf Eigeninitiative und trachten danach, sich in ihrem Leben zu verwirklichen, da sie Gemeinwohl mit all seinen Belangen für etwas in die Jahre Gekommenes und Überholtes halten?

Sind Nichtwähler mit den einigermaßen bescheidenen Mitteln der politischen Teilhabe und Mitbestimmung generell unzufrieden und erhoffen sich, durch Stimmenthaltung bzw. Verweigerung ein höheres Maß an Mitbestimmung erwirken zu können? Haben Nichtwähler überhaupt die Möglichkeit, Änderungen herbeizuführen?⁶³

⁶³ Vgl. Feist, Ursula (1994), S. 31ff

Um die Wahlenthaltung einer einzelnen Person nachvollziehen zu können, muss die Summe verschiedener Faktoren und die Einstellung zu bestimmten Tatsachen in Betracht gezogen werden.

Man kann hierbei zwischen *objektbezogenen* und *subjektbezogenen Motiven* unterscheiden:

Unter *subjektbezogenen Motiven* der Wahlenthaltung sind jene zu verstehen, die von der einzelnen Person ausgehen, deren Wirkungsrichtung also vom Nichtwähler in Richtung Politik geht. Zu diesen Motiven sollen der gesellschaftliche Status, das politische Interesse, die Parteibindung und weitere so genannte externe Faktoren zählen.

Im Gegensatz dazu werden als *objektbezogen* jene Motive definiert, deren Wirkungsrichtung von der Politik aus in Richtung Nichtwähler geht.

Konkret versteht man darunter das politische System, die Politikinhalte, die parteiinterne Kandidatenauswahl, den Wahlkampf sowie die politischen Parteien.

2.9 Motivkreise der Nichtwähler nach SINUS

An Radtke anschließend suchte das SINUS-Institut, ausgehend von der Bundestagswahl 1990, abermals nach Indikatoren zur Frage der Wahlenthaltung. Der Einflussfaktor *Geschlecht* ist demnach nicht mehr relevant, bestätigt hat sich allerdings die unterschiedliche Wahlbeteiligung bezogen auf das *Lebensalter*, wie dies schon Radtke beschrieben hatte.

Als Kern der SINUS-Untersuchung kann aber die Aufdeckung unterschiedlicher Motive, die zur Wahlenthaltung führen, gesehen werden. Dabei wurde festgestellt, dass es niemals – weder objektiv noch subjektiv – reine Motivlagen gibt, sondern immer

mehrere Motivkreise, deren Auswirkungen ineinander greifen bzw. einander überlagern. Auf diese Art wurden folgende sechs Motivkreise ermittelt:

Tabelle 1 Motivkreise der Nichtwähler bei SINUS (1990)

1. Verdrossenheit und aggressive Apathie	- tiefe Unzufriedenheit mit dem politischen System, den Parteien und den Politikern - Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit - Distanz zur „Welt der Politik“
2. Entfremdung / Sinnkrise Enttäuschter Rückzug vom politischen Geschehen: Wahlenthaltung als Protesthandlung	- politische Entfremdung von Menschen, welche sich (bisher) mit dem politischen System und seinen Akteuren identifiziert haben
3. Basisdemokratische Grundeinstellung / Zurückweisung des Repräsentativsystems	- Großteil der Nichtwähler (70%) zweifelt am Repräsentativsystem
4. Individualismus / Entpflichtung	- Individualisierte Sichtweise des Wählens bzw. der Wahlenthaltung - es wird nicht gewählt, wenn man keinen Nutzen davon hat
5. Gleichgültigkeit / Desinteresse / Politikferne	- „normale“ Apathie - neutrale Distanziertheit zu allem Politischen
6. Sätturiertheit	- Zufriedenheit mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen

Quelle: Völker, Marion und Bernd Völker (1998), S. 75

Zur selben Zeit hatten die Wahlforscher Carsten Ascheberg und Jörg Ueltzehoßer untersucht, wie die sich der Wahl Verweigernden ihre Entscheidung begründen und erklären. Basierend auf den Ergebnissen ihrer 48 qualitativen Interviews, mit Menschen zwischen 20 und 30 Jahren, können sieben Motivkreise identifiziert werden. Diese erscheinen allerdings aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte weniger dafür geeignet, auf einen allgemein gültigen gesellschaftlichen Trend umgelegt zu werden, in einzelnen Punkten decken sie sich aber durchaus mit dem Ergebnis der SINUS Untersuchung.

Im Zuge dieser Studie wurde die Bevölkerung in *Milieus* eingeteilt und diese Bevölkerungsgruppen in der Folge den jeweiligen Motivkreisen zugeordnet.

Daraus ergibt sich beispielsweise, dass den Motivkreisen *Verdrossenheit* (1) und *Sinnkrise* (2) insbesondere das hedonistische Milieu und das klassische Arbeitermilieu zuzuordnen sind.

In den Motivkreisen drei und vier sind ebenfalls hauptsächlich Angehörige des hedonistischen Milieus und des traditionslosen Arbeitermilieus zu finden.

Angehörige des traditionslosen Arbeitermilieus tauchen auch im Motivkreis *Gleichgültigkeit* (5) auf, neben älteren Frauen mit formal niedriger Bildung, während bei jüngeren Frauen eher der *Individualismus* (4) als Motiv zu finden ist.

Vom Motivkreis *Saturiertheit* (6) sind tendenziell das konservativ gehobene sowie das aufstiegsorientierte Milieu betroffen. 40 – 60-Jährige sind hier im Vergleich mit anderen Altersgruppen deutlich überrepräsentiert.

2.10 Charakterisierung von Nichtwählertypen nach Kleinhenz

Thomas Kleinhenz identifiziert und charakterisiert seinerseits mittels einer Clusteranalyse aus den von 1980 – 1990 stammenden Nichtwählerdaten aus der Bundesrepublik die folgenden sieben Nichtwählertypen.

Tabelle 2 Charakterisierung der Nichtwählertypen Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre nach Kleinhenz

	Die enttäuschte Arbeiterschaft	Der junge Individualist	Die saturierte Mittelschicht	Der desinteressierte Passive	Der isolierte Randständige	Der gehobene Jung-Konservative	Der aktive Postmaterialist	Soziodemographische Merkmale
	45 Jahre	34 Jahre	42 Jahre	48 Jahre	48 Jahre	35 Jahre	33 Jahre	Durchschnittsalter
	gering	mittel	mittel	gering	gering	hoch	Hoch	Bildungsgrad
	2.400DM	2.800DM	3.200DM	2.600DM	2.200DM	3.000DM	2.700DM	Haushaltseinkommen
	groß – mittel	mittel – gering	mittel	gering	gering	mittel	groß	Politisches Interesse
	teils-teils	schwach	teils-teils	ja	keine	keine	keine	Parteibindung
	stark	schwach	keine	schwach	stark	keine	stark	Entfremdung
	gering	gering	mittel	gering	gering	hoch	hoch	Politische Kompetenz
	mat. Mischtyp	postmat. Mischtyp	mat. Mischtyp	Materialisten	mat. Mischtyp	postmat. Mischtyp	Postmaterialisten	Inglehart-Index ⁶⁴
	passiv	passiv	passiv	sehr passiv	sehr passiv	passiv	aktiv	Partizipationsverhalten
	5,1	5,3	5,6	5,7	5,8	5,3	4,2	Links-Rechts-Skala ⁶⁵

Quelle: Kleinhenz, Thomas (1995), S. 203

⁶⁴ Inglehart-Index: Geht auf Ronald Inglehart zurück und soll die globale Werteorientierung einer Person ausdrücken.

⁶⁵ Die Skala ist elfteilig, wobei eins extrem links und elf extrem rechts bedeutet.

2.10.1 Der aktive Postmaterialist (6,3 Prozent)⁶⁶

Mit einer hohen Erwartungshaltung gegenüber dem politischen System und einem großen politischen Engagement hält sich der *gebildete Postmaterialist* für politisch kompetent. Er ist überwiegend unzufrieden mit dem politischen System und der Regierung. Ausgangspunkt für seine Wahlenthaltung bildet möglicherweise der Wunsch nach einer anderen Form der Mitbestimmung.

2.10.2 Der gehobene Jung-Konservative (8,7 Prozent)

Sozialstrukturell scheint der *Jung-Konservative* dem *Postmaterialisten* sehr ähnlich, allerdings unterscheiden sich die beiden in der politischen Einstellung grundlegend voneinander. Der *Jung-Konservative* ist mit den politischen Verhältnissen überdurchschnittlich zufrieden, hält sich für politisch informiert und kompetent, zeigt aber aufgrund seines geringen Pflichtbewusstseins eine gewisse Tendenz zur Wahlenthaltung.

2.10.3 Der isolierte Randständige (14,8 Prozent)

Die Gruppe der *isolierten Randständigen* kann beschrieben werden durch einen niedrigen sozioökonomischen Status, der einhergeht mit einer extrem ablehnenden Haltung gegenüber dem politischen System samt seinen Akteuren und gesellschaftlichen Institutionen. Ein Gemisch aus Entfremdung, politischer Inkompetenz und sozialer Anomie erklärt die hohe Zahl (3/4) von *Dauer-Nichtwählern* innerhalb dieser Gruppe.

2.10.4 Der desinteressierte Passive (20,8 Prozent)

Im Vergleich zu den *Randständigen* zeichnen sich die *Passiven* durch eine etwas bessere Stellung innerhalb der Gesellschaft aus, jedoch enthält diese Gruppe trotz

⁶⁶ Die Zahlen in der Klammer geben den Anteil an der gesamten Nichtwählerschaft an.

Zufriedenheit mit dem politischen System einen hohen Anteil an *Dauer-Nichtwählern* (60 Prozent), der auf ein geringes politisches Interesse zurückzuführen ist.

2.10.5 Die saturierte Mittelschicht (15,8 Prozent)

Hoher sozio-ökonomischer Status und starke soziale Integration kennzeichnen diese Gruppe, die aber einen hohen Anteil an konjunkturellen und von kurzfristigen Motiven geleiteten Nichtwählern umfasst. Die *saturierte Mittelschicht* ist zufrieden, politisch interessiert und hat eine positive Haltung gegenüber Parteien und Politikern. Aufgrund dieser Tatsachen wird die Wahlnotwendigkeit als gering eingeschätzt und führt daher zur Wahlenthaltung.

2.10.6 Der junge Individualist (22,1 Prozent)

Gesellschaftliche Pflichten und traditionelle Bindungen lehnt der *junge Individualist* zugunsten von Selbstentfaltung und individuellen Aktivitäten ab. Dem Staat gegenüber haben Angehörige dieser Gruppe zwar eine relativ hohe Erwartungshaltung, jedoch bringen sie selbst den Parteien und Politikern nur geringes Vertrauen entgegen. Generell sind sie geprägt von politischem Desinteresse sowie einer großen Distanz gegenüber der Politik.

2.10.7 Die enttäuschte Arbeiterschaft (11,5 Prozent)

Diese Gruppe besteht aus einem überdurchschnittlich hohen, mehrheitlich dem produzierenden Sektor entstammenden Arbeiteranteil mit tendenziell niedrigem Bildungsniveau. Das große Ausmaß an politischer Unzufriedenheit entsteht bei dieser – im Prinzip politisch höchst interessierten und kompetenten – Gruppe vor allem durch Enttäuschung und Entfremdung, ausgelöst durch Parteien und Politiker, was zur Verweigerung und in der Folge zu einem hohen Anteil (60 Prozent) von *Dauer-Nichtwählern* führt.

Wie bereits in den vorausgegangenen Analysen erkennt man also auch hier, dass sich die Gruppe der Nichtwählenden äußerst heterogen präsentiert mit einer Fülle von unterschiedlichen Beweggründen.

2.11 Wahlbeteiligung in Österreich seit 1945

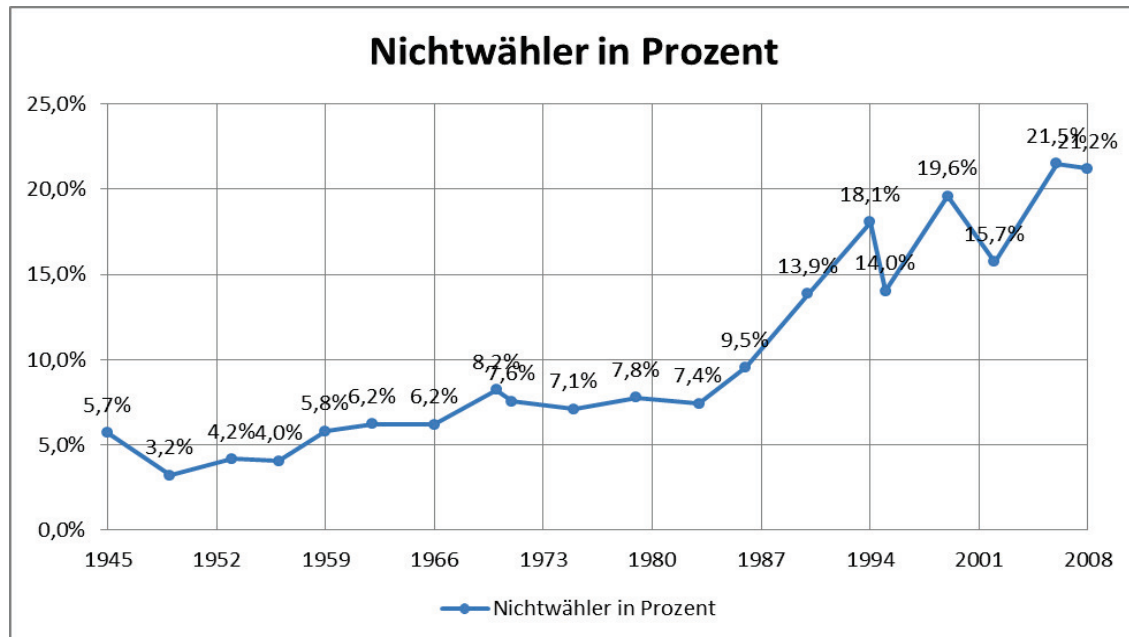
Die folgende Tabelle 3 zeigt die Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Österreich seit 1945, also in der zweiten Republik. Abbildung 2 veranschaulicht den in diesem Zeitraum stetig anwachsenden Anteil der Nichtwähler.

Tabelle 3 Wahlbeteiligung – Nationalratswahlen Österreich seit 1945

	Wahlberechtigt	Abgegebene Stimmen	Wahlbeteiligung in Prozent	Gültige Stimmen	Ungültige Stimmen in Prozent	Nichtwähler in Prozent
1945	3.449.605	3.253.329	94,3%	3.217.354	1,0%	5,7%
1949	4.391.815	4.250.616	96,8%	4.193.733	1,3%	3,2%
1953	4.586.870	4.395.519	95,8%	4.318.688	1,7%	4,2%
1956	4.614.464	4.427.711	96,0%	4.351.908	1,6%	4,0%
1959	4.696.603	4.424.658	94,2%	4.362.856	1,3%	5,8%
1962	4.805.351	4.506.007	93,8%	4.456.131	1,0%	6,2%
1966	4.886.818	4.583.970	93,8%	4.531.885	1,1%	6,2%
1970	5.045.841	4.630.851	91,8%	4.588.961	0,8%	8,2%
1971	4.984.448	4.607.616	92,4%	4.556.990	1,0%	7,6%
1975	5.019.277	4.662.684	92,9%	4.613.432	1,0%	7,1%
1979	5.186.735	4.784.173	92,2%	4.729.251	1,1%	7,8%
1983	5.316.436	4.922.454	92,6%	4.853.417	1,3%	7,4%
1986	5.461.414	4.940.298	90,5%	4.852.188	1,6%	9,5%
1990	5.628.912	4.848.741	86,1%	4.704.894	2,6%	13,9%
1994	5.774.000	4.730.987	81,9%	4.633.114	1,7%	18,1%
1995	5.768.099	4.959.455	86,0%	4.844.173	2,0%	14,0%
1999	5.838.373	4.695.225	80,4%	4.622.354	1,2%	19,6%
2002	5.912.592	4.982.261	84,3%	4.909.645	1,2%	15,7%
2006	6.107.892	4.793.780	78,5%	4.708.281	1,4%	21,5%
2008	6.333.109	4.990.952	78,8%	4.887.309	1,6%	21,2%

Quelle: Bundesministerium für Inneres, eigene Auswertung

Abbildung 2 Nichtwähler bei Nationalratswahlen in Österreich seit 1945



Quelle: Bundesministerium für Inneres, eigene Auswertung

2.12 Phasen der Wahlbeteiligung in Österreich

Christian Haerpfer⁶⁷ analysiert die Wahlbeteiligung in Österreich bezüglich systematischer Veränderungen und kann schließlich

„(...) in der österreichischen Wahlgeschichte seit 1945 insgesamt vier Perioden erkennen, wobei die generelle Tendenz der Wahlbeteiligung die eines linearen Abfallens der Wahlbeteiligung ist.“⁶⁸

Haerpfer erkennt weiters, dass die Wahlbeteiligung von einer Periode zur nächsten um je zwei Prozent sinkt und dass jede konstante Periode der Wahlbeteiligungsraten drei

⁶⁷ Vgl. Haerpfer in Dachs, Herbert et. al. (Hrsg.) (1991): *Handbuch des politischen Systems Österreichs*. Wien, Manz und Haerpfer, Christian in Neuwirth, Christian

⁶⁸ Haerpfer in Dachs, Herbert et. al. (Hrsg.) (1991), S. 476

Wahlen umfasst. Mittels der durchschnittlichen Wahlbeteiligung jeweils dreier Wahlen identifiziert Haerpfer die folgenden vier Phasen der Wahlbeteiligung in Österreich:

1. Phase: 1945 – 1956 mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 95,7 Prozent
2. Phase: 1959 – 1966 mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 94 Prozent
3. Phase: 1970/71 – 1979 mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 92,3 Prozent
4. Phase: 1983 – 1990 mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 89,3 Prozent

Der Rückgang der Wahlbeteiligung beträgt demnach von der ersten Phase zur zweiten Phase 1,7 Prozent; von der zweiten Phase zur dritten Phase ergibt sich ein nahezu⁶⁹ identer Wert von 1,7 Prozent, während die Differenz von der dritten Phase zur vierten Phase auf 3 Prozent ansteigt.

2.12.1 Die erste Phase (1945 – 1956)

Die erste Periode der Wahlbeteiligungsgeschichte beginnt mit der ersten Nationalratswahl vom 25. November 1945. Zu diesem Termin war die Wahlbeteiligung überraschend hoch und kann dahingehend interpretiert werden, dass die Bevölkerung gewillt war, das neue System zu akzeptieren und auch entsprechend zu legitimieren.

Die Wahlbeteiligung lag bei 94,3 Prozent und die drei nachfolgenden Wahlen sollten eine noch höhere Wahlbeteiligung bringen. Zu erwähnen ist allerdings auch die existierende Wahlpflicht.

Der, im Vergleich zu den restlichen Wahlen dieser Periode, höhere Nichtwähleranteil bei der allerersten Wahl in der zweiten Republik, ist wohl auf eine gewisse „Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung“⁷⁰ zurückzuführen. Jedenfalls ist diese erste Phase jene mit der höchsten Wahlbeteiligung in der gesamten Zweiten Republik.

⁶⁹ Bei Rundung auf zwei Nachkommastellen beträgt die Differenz von der 1. zur 2. Phase 1,72%; von der 2. zur 3. Phase 1,68%

⁷⁰ Haerpfer in Dachs, Herbert et. al. (Hrsg.) (1991), S. 478

2.12.2 Die zweite Phase (1959 – 1966)

In der zweiten Phase von 1959 bis 1966 sinkt die Wahlbeteiligung leicht und der durchschnittliche Nichtwähleranteil beträgt sechs Prozent.

Diese Periode ist durchgehend von einer großen Koalition geprägt, deren Existenz unter Umständen das Sinken der Wahlbeteiligung – von 93,8 Prozent im Jahr 1966 auf 91,8 Prozent bei der nächsten Wahl im Jahr 1971 – erklärt. Ableitinger sieht, dass aufgrund fehlender Konsensfindung innerhalb der Koalition das politische Handeln Formen annimmt, „(...) deren Logik zwar einleuchtet, deren inhaltlicher Output aber die Handelnden selbst und erst recht „ihr Publikum“ immer weniger befriedigt.“⁷¹

2.12.3 Die dritte Phase (1970/71 – 1979)

1970/71 bis 1979 sind jene Jahre, die die dritte Periode umfasst. Diese Ära deckt sich in Österreich weitgehend mit der Kanzlerschaft Bruno Kreiskys. Da die zur Wahl stehende Persönlichkeit traditionell einen wichtigen Einfluss auf die Entscheidung hat, wählen zu gehen oder nicht, ist zu vermuten, dass seiner Person die Besonderheit zu verdanken ist, die zu dieser Zeit in westlichen Demokratien beinahe einzigartig ist und in eben diese Periode fällt: Gegen jeden Trend ist nämlich 1975 – im Vergleich zu 1970/71 – ein leichter Anstieg der Wahlbeteiligung um 1,1 Prozent zu verzeichnen.

2.12.4 Die vierte Phase (1983 – 1990)

Die vierte und letzte von Haerpfer beschriebene Phase erstreckt sich von der Wahl 1983 bis zu jener im Jahr 1990. Sie setzt ein mit dem Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ und der ausklingenden Ära Kreisky und endet mit einer erstmals unter 90 Prozent sinkenden Wahlbeteiligung, nämlich einer von 86,1 Prozent, bei der Nationalratswahl im Jahr 1990.

Bemerkenswert ist, dass sich

⁷¹ Ableitinger, Alfred: *Die innenpolitische Entwicklung*. In: Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1992): *Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel*. Böhlau, Wien S. 167

„der konstante Trend [der Wahlenthaltung, F.F.] nicht über drei Wahltermine hielt, sondern nach zwei Wahlen 1983 und 1986 endete. Die ersten Wahlen der 90er Jahre führten zu einem Unterschreiten der magischen 90-Prozent-Schwelle, denn 1991 gingen nur mehr 86,1 Prozent der wahlberechtigten Österreicher zu Nationalratswahl.“⁷²

2.12.5 Analyse von 1994 – 2008

Prognosen über die zukünftige Entwicklung fallen unterschiedlich aus. Während Haerpfer eine Fortsetzung und sogar eine Beschleunigung des Trends der sinkenden Wahlbeteiligung prognostiziert, gehen andere Experten wie zum Beispiel Günter Ogris davon aus, dass „kantigere“ Politik dazu führen könnte, diesen Abwärtstrend zu durchbrechen.⁷³ Für Haerpfer allerdings „deutet der Verlauf der vierten Periode der Wahlbeteiligung in Österreich auf ein beschleunigtes Ansteigen der Anzahl der Nichtwähler“⁷⁴ hin.

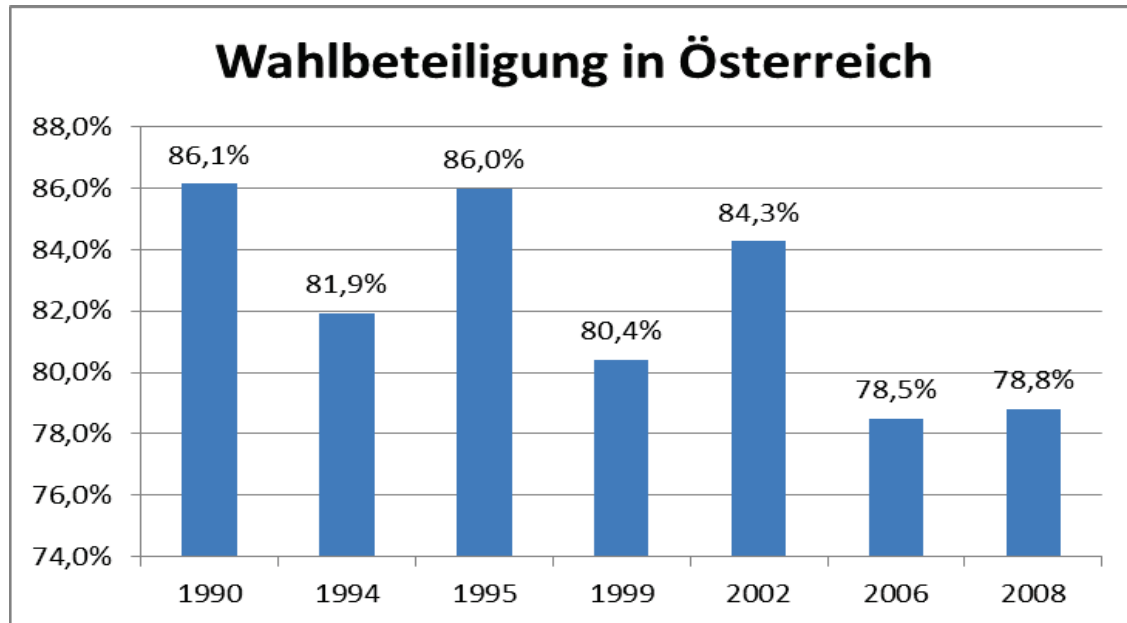
Nach einer eingehenden Analyse der Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 1994, 1995, 1999, 2002, 2006 und 2008 lässt sich die Einteilung in Perioden von je drei Wahlen so nicht weiter aufrecht erhalten.

⁷² Haerpfer in Dachs, Herbert et. al. (Hrsg) (1991), S. 478

⁷³ Vgl. Ogris in Neuwirth, Christian (1994), S. 33

⁷⁴ Haerpfer in Dachs, Herbert et. al. (Hrsg.) (1991), S. 478

Abbildung 3 Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Österreich, von 1990 – 2008, in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Inneres, eigene Auswertung

Die Durchschnittswerte der zwei Perioden von 1994 bis 1999 und von 2002 bis 2008 mit 82,8 Prozent und 80,5 Prozent würden zwar optimal in das Konzept von Haerpfer passen. Bei Betrachtung der einzelnen Ergebnisse sieht man aber die sprunghafte Veränderung der Wahlbeteiligung. Von einer linearen Entwicklung kann in diesen Perioden nicht ausgegangen werden.

Zu Beginn setzt sich der Trend der sinkenden Wahlbeteiligung noch fort: Die Wahlbeteiligung sinkt von 86,1 Prozent im Jahr 1990 auf knapp 82 Prozent im Jahr 1994.

In weiterer Folge aber ändert sich der Anteil der Wahlberechtigten, die tatsächlich ihre Stimme abgeben, von Wahl zu Wahl sprunghaft, sowohl nach oben als auch nach unten. Bei der Wahl im Jahr 1995 wird mit 86 Prozent wieder annähernd die Wahlbeteiligung von 1990 erreicht. 1999 sinkt sie jedoch auf ein bis dahin noch nie dagewesenes Niveau von 80,4 Prozent, um bei der Wahl 2002 wieder auf 84,3 Prozent zu steigen. Bei der Nationalratswahl 2006 liegt die Wahlbeteiligung auf dem aktuell niedrigsten Level in

der Zweiten Republik, nämlich bei 78,5 Prozent. Bei der Wahl 2008 bleibt die Wahlbeteiligung ähnlich niedrig, steigt aber leicht auf 78,8 Prozent an.

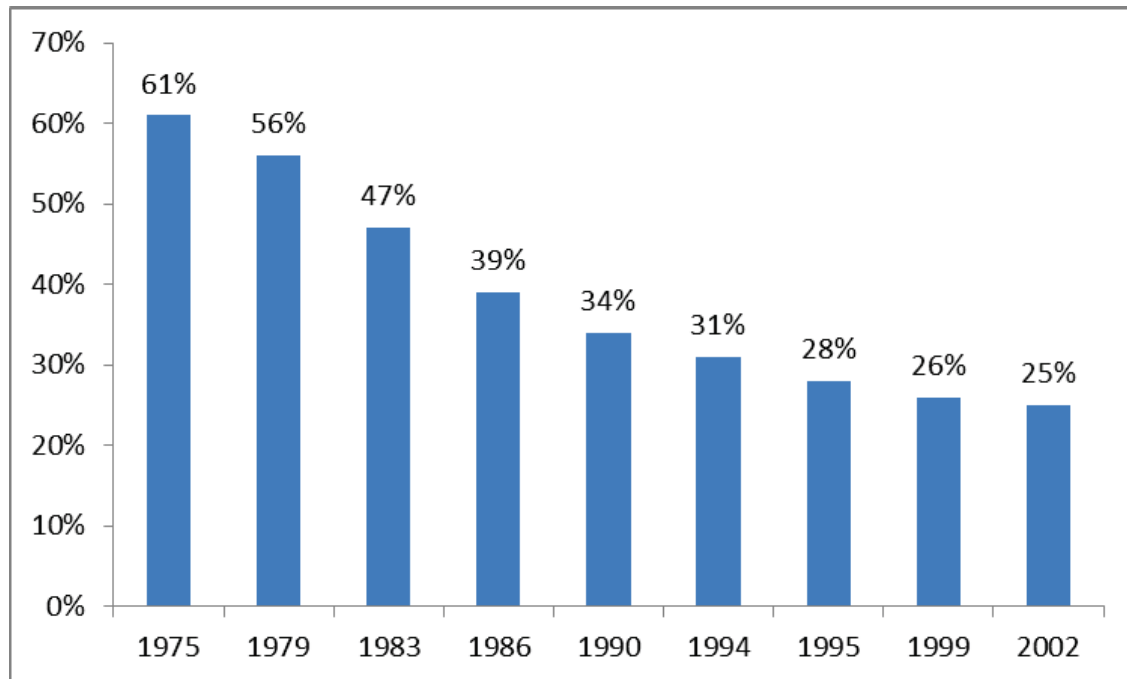
Eine lineare Entwicklung, oder aber auch eine Stagnation, lässt sich aus diesen Zahlen nicht ableiten. (siehe Abbildung 2 und 3)

2.13 Parteibindung

Ein Faktor, der die Motivation, zur Wahl zu gehen, mitbeeinflusst und der sich in den letzten Jahrzehnten stark geändert hat, ist die Parteibindung. So ist in Deutschland gleichermaßen wie in Österreich die Wähler-Partei-Bindung seit den 70er Jahren rückläufig.

„Seit Ende der siebziger Jahre ist in der Bundesrepublik [Deutschland] ähnlich wie in anderen westlichen Demokratien ein Aufweichen der traditionellen Wähler-Partei-Bindung zu beobachten. Der Anteil an Stammwählern, die sich bei den verschiedenen Wahlen – ob Bundestags-, Landtags-, Kommunal- oder Europawahl – immer für die gleiche Partei entscheiden, nimmt mehr und mehr ab. Die fortschreitende Lockerung der Parteibindung geht einher mit einer zunehmenden Flexibilität und Fluktuation in der Wahlentscheidung.“⁷⁵

⁷⁵ Kleinhenz, Thomas (1995), S. 50

Abbildung 4 Starke Parteibindung Österreich

Starke Parteibindung = Personen, die angeben, immer dieselbe Partei zu wählen.

Quelle: Fessel GfK, repräsentative Nachwahlbefragungen (1975 – 1983); Exit Polls (1986 – 2002)

In Österreich unterscheiden Plasser / Ulram / Seeber vier Phasen der „Erosion affektiver Parteibindungen“⁷⁶, denen jeweils verschiedene Ursachen zugrunde liegen.

Die erste Phase, welche sich über ein Jahrzehnt – von den späten Sechzigern bis zum Ende der siebziger Jahre – erstreckt, bezeichnen sie als *strukturelle* Abschwächung traditioneller Parteiloyalitäten (Dealignment – siehe: Exkurs Realignment-Theorie vs. Dealignment-Theorie).

Die soziale Wählerbasis der großen Parteien wurde in diesen Jahrzehnten durch den sozioökonomischen Wandel und die voranschreitende Modernisierung der Produktionsstrukturen nachdrücklich verändert. Diese Prozesse führten in der Folge auch zu einer Abschwächung der traditionellen Parteiloyalitäten und der ehemals stabilen Wähler-Partei-Bindung. Die rasant anwachsende geographische und soziale Mobilität hatte einen Anstieg jenes Personenanteils zur Folge, der aufgrund seiner

⁷⁶ Plasser, Ulram und Seeber in Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (Hrsg) (2003): *Wahlverhalten in Bewegung – Analyse zur Nationalratswahl 2002*. Wien, Facultas, S. 103

neuen Zugehörigkeit zu Gruppen mit unterschiedlichen Wahlnormen *cross pressure*⁷⁷ ausgesetzt war. Das Dealignment hatte in dieser Phase den Charakter eines politischen Säkularisierungsprozesses und konzentrierte sich vorwiegend auf Personen mit nur mäßiger bis schwacher Parteiidentifikation. Der harte Kern der Parteiidentifizierer blieb trotz eines graduellen Anstiegs der politischen Mobilität weitgehend unberührt. „Resultat war ein *graduelles* Dealignment der Wählerschaft auf der Mikroebene bei gleichzeitiger Stabilität des Wahlverhaltens auf der Aggregatebene.“⁷⁸

Als *affektives* Dealignment kann die zweite Phase bezeichnet werden. Sie begann in den späten siebziger Jahren und erstreckte sich bis in die Mitte der achtziger Jahre. In Österreich kam es während der achtziger Jahre zu einer Zunahme genereller Verdrossenheit über die politischen Parteien. Hinzu kam ein markanter Anstieg der Parteien- und Elitenkritik in Form „emotional aufgeladener antipolitischer Reflexe und Ressentiments“.⁷⁹

Die Bereitschaft zur Identifikation mit einer bestimmten Partei nahm – verstärkt durch eine Serie politischer Skandale, durch die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierungsparteien und durch sich neu entwickelnde Konfliktlinien – deutlich ab.

Die dritte Phase des Dealignment ist einerseits durch einen fortschreitenden Zerfall traditioneller Parteibindung, erhöhte Mobilität und Wechselbereitschaft bei den Wählern zu charakterisieren, aber andererseits – und das ist der große Unterschied zur ersten Phase – auch durch eine substanzielle Schwächung der Kernwählerschichten innerhalb der beiden Traditionsparteien, die nun voll von der Erosionsdynamik erfasst werden. Die politische Kultur verändert sich in dieser Zeit gravierend in Richtung einer Wählerprotestbewegung.

Ein kontinuierlich steigender Anteil von mobilen, parteiungebundenen Wechselwählern steht dem Rückgang der partei gebundenen Stammwählerschaft gegenüber.

⁷⁷ Siehe Kapitel 2.13.1 *Realignment-Theorie vs. Dealignment-Theorie*

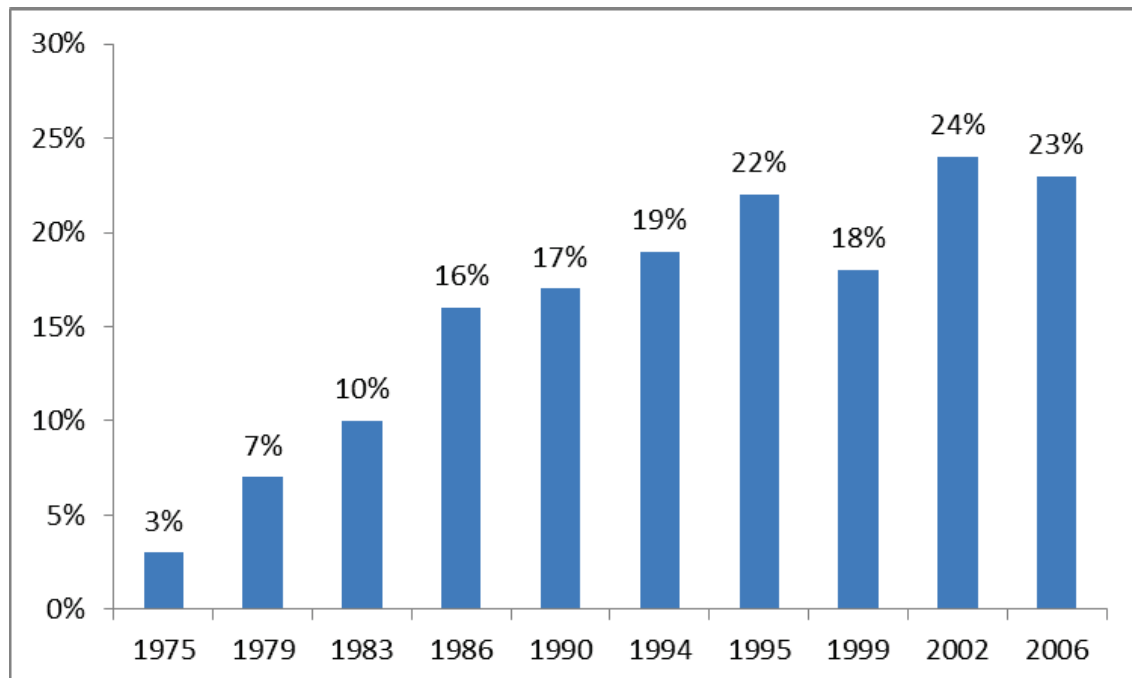
⁷⁸ Plasser, Fritz und Peter A. Ulram: *Konstanz und Wandel im österreichischen Wählerverhalten*. In: Müller, Wolfgang C., Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hrsg.) (1995): *Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analyse zur Nationalratswahl 1994*. Wien, S. 341 – 406

⁷⁹ Plasser, Ulram und Seeber in Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (Hrsg.) (2003), S. 104

Bei den Nationalratswahlen 1975 wählten nur drei Prozent eine andere Partei als bei den vorhergehenden Nationalratswahlen im Jahr 1971. 2002 hingegen lag der Anteil der Wechselwähler bereits bei stattlichen 24 Prozent (siehe Abbildung 5). Nur noch 41 Prozent der Wahlberechtigten konnten zu diesem Zeitpunkt als konsistente Wähler bezeichnet werden, die bei allen Wahlen, an denen sie teilnahmen, konstant für dieselbe Partei votierten.

Parallel dazu vergrößert sich die Gruppe der sogenannten *late deciders*, also jene Gruppe von Wählern, die sich erst in der letzten Phase des jeweiligen Wahlkampfes definitiv auf eine Partei festlegt. Im Jahr 1975 betrug ihr Anteil an den Wahlberechtigten zur Nationalratswahl fünf Prozent, bis 2002 stieg er auf 23 Prozent an. Daraus lässt sich schließen, dass die massenmediale Politikvermittlung, kritische Wahlkampfeignisse sowie Medienauftritte bei TV-Interviews und Studiokonfrontationen samt deren kommentierender Interpretation und Bewertung zunehmend an Einfluss gewinnen.

Abbildung 5 Wechselwähler Nationalratswahlen Österreich



Quelle: Fessel GfK, repräsentative Nachwahlbefragungen (1975 – 1983); Exit Polls (1986 – 2002)

Die vierte Phase ist durch eine Stabilisierung der Parteiidentifizierung gekennzeichnet. Diese Restabilisierung ist aber weniger durch eine wiederkehrende Bindung an die beiden Großparteien zu erklären, sondern ist vielmehr mit der Etablierung dritter und vierter Parteien im österreichischen politischen System in Zusammenhang zu bringen. Diese veränderte politische Landschaft zeichnet sich durch eine zunehmend polarisierte Konkurrenzsituation aus und geht mit einem partiellen Realignment der österreichischen Wählerschaft einher. Von dieser teilweisen Restabilisierung der Parteiidentifikation auf eine sich wieder verstärkende faktische Parteibindung zu schließen, wäre aber falsch.⁸⁰

2.13.1 Realignment-Theorie vs. Dealignment-Theorie

Beide Ansätze haben die Aufweichung der traditionellen Wähler-Partei-Bindung zum Thema, sie beschäftigen sich mit der stetigen Zunahme von Wechselwählern und mit dem Anstieg jener Personen, die bis kurz vor der Wahl unentschlossen sind, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden.

Kleinhenz sowie auch Plasser / Ulram / Seeber sehen die Ursache des zunehmend instabiler werdenden Wahlverhaltens vorwiegend im sozioökonomischen Wandel begründet, der sich im Rückgang der Agrarquote, in einer erhöhten regionalen beruflichen Mobilität, in Industrialisierung und Suburbanisierung ehemals ländlicher Regionen ausdrückt. Sowie auch in der Modernisierung der Produktionsstrukturen, die man am Rückgang der traditionellen Industriearbeiterschaft, am Rückgang der Einzelhandels- bzw. Kleingewerbebetriebe und einem Anwachsen des Dienstleistungssektors, des öffentlichen Sektors sowie der neuen Mittelschicht aus der Angestelltenschaft erkennt.

Diese Entwicklungen schlagen sich nieder in einem höheren Wohlstand der Arbeiterschaft, aber auch in der Aufweichung der Klassenunterschiede. Verbunden mit dem zunehmenden Verlust traditioneller Organisationsnetzwerke wie Gewerkschaften und Kirchen, dem wachsenden politischen Bewusstsein infolge höherer Bildung und der

⁸⁰ Vgl. Plasser, Ulram und Seeber in Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (Hrsg.) (2003), S. 103ff

Informationsflut der Massenmedien wird es immer schwieriger, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus klar voneinander abzutrennen.⁸¹

In ihrem allgemeinen Ansatz und in der Interpretation der Folgen der eben beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklung unterscheiden sich die Realignment-Theorie und die Dealignment-Theorie wesentlich voneinander. In ihren kurzfristigen Auswirkungen, wie der Auflösung der Partei-Wähler-Bindung und dem Bedeutungszuwachs kurzfristiger Wahlmotive sind sie sich jedoch einig.

Basis des Realignment (Restrukturierung) bildet die tiefe Verwurzelung sozialer Gruppen in bestimmten Parteien. Aufgrund der sich verschiebenden oder sich gar auflösenden Trennlinien zwischen den sozialen Gruppen verschiebt sich das Wahlverhalten. Die Umorientierung der Wählerschaft und das damit einhergehende instabile Wahlverhalten ist als Ausdruck einer Übergangsphase zu verstehen. In der Theorie wird auch die Wahlenthaltung als Verhaltensmöglichkeit während dieser Phase gesehen.

Bei der Dealignment-Theorie (Entstrukturierung) steht dagegen die psychologische Bindung der Wähler an bestimmte Parteien im Mittelpunkt des Erklärungsmodells.

Es wird davon ausgegangen, dass ein immer größer werdender Teil der Wähler dazu in der Lage ist, Wahlentscheidungen unabhängig von komplexreduzierenden Parteibindungen zu treffen. Die gestiegene politische Kompetenz der Bürger führt dazu, dass die Parteiidentifikation ihre frühere Funktion als Orientierungshilfe beim Wahlverhalten verliert. Hier geht man also von einer dauerhaften Entkoppelung der Parteibindung aus. Und da die Parteiidentifikation nicht nur die Entscheidung für eine Partei bestimmt, sondern auch die Partizipationsbereitschaft der Wähler stärkt, geht mit dem Verlust eben jener eine wichtige Einflussgröße verloren, welche die Menschen zur Stimmabgabe mobilisiert. Das heißt, die geänderten Voraussetzungen führen nicht nur zu einer höheren Fluktuation der Wählerstimmen, sondern auch zu einem generellen Rückgang der Wahlbeteiligung. Kurzfristige Faktoren, die die Menschen zur Teilnahme

⁸¹ Vgl. Kleinhenz, Thomas (1995), S. 50f und Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (2003), S. 103f

an der Wahl und zur Abgabe ihrer Stimme an eine bestimmte Partei mobilisieren, gewinnen dadurch stark an Bedeutung.⁸²

Fehlende Parteibindung ist einer der maßgeblichsten längerfristigen Faktoren für die Wahlenthaltung. Die Annahme, die dahinter steht, ist sehr einfach und leicht nachvollziehbar: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bürger nicht an der Wahl teilnimmt, ist umso größer, je schwächer seine Parteibindung ausfällt. Dieser Zusammenhang konnte auch in empirischen Studien nachgewiesen werden. Der Großteil der Nichtwähler ist nicht parteiengebunden und weist generell ein geringes politisches Interesse auf. Dazu kommt, dass Nichtwähler ihre eigene politische Kompetenz als eher gering einstufen. Dieser Umstand verstärkt sich durch den Glauben daran, dass der persönliche Einfluss auf das politische Geschehen, sowie auf die Veränderbarkeit der Regierungspolitik kaum ausschlaggebend sein kann.

Ein wahlfördernder kurzfristiger Faktor ist die persönlich empfundene Knappheit des Wahlausgangs. Insbesondere Personen mit hoher Parteibindung werden in einem solchen Fall ihrer Wahlpflicht nachkommen. Nichtwähler, welche hingegen keine der Parteien und Kandidaten bevorzugen, sehen keinen Grund, aus diesem Anlass zur Wahl zu gehen.

Eine weitere Annahme ist die Cross-Pressure-Hypothese, welche davon ausgeht, dass Personen, die einem starken psychologischen Einstellungskonflikt ausgesetzt sind, sich erst spät entscheiden oder der Wahl überhaupt fern bleiben. Als Beispiel für einen solchen Einstellungskonflikt führt Kleinhenz einen Konflikt zwischen Parteibindung und Kandidatenorientierung an.

⁸² Vgl. Kleinhenz, Thomas (1995), S. 51f und Hoffmann, Sebastian (2008): *Demokratie und Nichtwähler – Die Bedeutung der sinkenden Wahlbeteiligung für das politische System*. Wien, S. 97ff

3 Datenanalyse

3.1 Stichprobenbeschreibung

Der Großteil der verwendeten Daten stammt aus Wahltagsbefragungen, die Fessel GfK in den Jahren 2004⁸³ und 2009⁸⁴ am Tag der Europaparlamentswahl durchgeführt hat. Des weiteren werden Zahlen vom Bundesministerium für Inneres (BMI), aus einer Wählerstromanalyse, die das Institut SORA veröffentlicht hat, und Zahlen des Europaparlaments verwendet.

Die von GfK erhobenen Daten standen in Form ausgefüllter Fragebögen bzw. bereits ausgezählter Fragebögen zur Verfügung. In der folgenden Analyse werden in den meisten Fällen Ergebnisse einzelner Fragen mittels Kreuztabellen zueinander in Beziehung gesetzt.

Bei den Wahltagsbefragungen von Fessel GfK handelt es sich um bundesweite telefonische Befragungen mit einem Random Sampling. Interviewt wurden wahlberechtigte Frauen und Männer. Im Jahr 2004 war man ab 18 Jahren wahlberechtigt, bis zur Europaparlamentswahl 2009 wurde das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt, dementsprechend änderte sich das Sample.

Im Jahr 2004 wurden 350 Nichtwähler befragt, 2009 waren es 300 Personen, die nicht gewählt hatten. Da die Stichproben relativ klein sind, sind die Ergebnisse bei der Kreuztabellierung von Variablen mit vielen Ausprägungen aufgrund der teilweise

⁸³ Fessel GfK (2004), Exit Poll Europaparlamentswahl 2004

⁸⁴ Fessel GfK (2009), Exit Poll Europaparlamentswahl 2009

geringen Zellenbesetzung als Tendenzen zu betrachten. Wenn Kategorien zusammengefasst wurden, um eine höhere Zellenbesetzung zu erhalten und um die Einstellungen deutlicher werden zu lassen, wird das im Text erwähnt.

Bei der Wahltagsbefragung 2004 wurden, wie erwähnt, 350 Personen interviewt.

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, waren davon 160 Personen (45,7 Prozent) *männlich* und 190 (54,3 Prozent) *weiblich*. 68 (19,4 Prozent) der 2004 Befragten waren *unter 30 Jahre* alt, 111 (31,7 Prozent) *zwischen 30 und 44 Jahre* alt, 93 (26,6 Prozent) *zwischen 45 und 59 Jahre* alt und 78 (22,3 Prozent) *60 Jahre oder älter*.

Im Jahr 2009 waren 45 Befragte (15,0 Prozent) unter 30, 82 (27,3 Prozent) zwischen 30 und 44, 84 (28,0 Prozent) zwischen 45 und 59 Jahre alt. 90 Personen (30,0 Prozent) waren 60 oder älter (siehe Tabelle 4).

Bei den Beschäftigungsverhältnissen wurden die Kategorien *arbeitslos*, *Schüler* und *Hausfrau* zur Kategorie *Erwerbslose* zusammengefasst, um die Fallzahl zu erhöhen. Die Differenz der absoluten Zahlen zur eigentlichen Größe der Stichprobe ergibt sich aus nicht zuordenbaren oder verweigerten Angaben.

Demnach besteht die Stichprobe aus dem Jahr 2004 aus 12 Prozent *Arbeitern*, 46,1 Prozent *Angestellten und Beamten*, 10,4 Prozent *Selbstständigen*, 5,2 Prozent *Erwerbslosen* und 81 Prozent *Pensionisten*.

Im Jahr 2009 waren zu 14,1 Prozent *Arbeiter*, zu 34,8 Prozent *Angestellte und Beamte*, zu 12,5 Prozent *Selbstständige*, zu 4,7 Prozent *Erwerbslose*, sowie zu 34,0 Prozent *Pensionisten* in der Stichprobe vertreten.

Tabelle 4 Soziodemografie der Stichproben

	2004		2009	
Männlich	160	45,7%	151	50,3%
Weiblich	190	54,3%	149	49,7%
Unter 30 Jahre	68	19,4%	45	15,0%
30 – 44 Jahre	111	31,7%	82	27,3%
45 – 59 Jahre	93	26,6%	84	28,0%
60 Jahre und älter	78	22,3%	90	30,0%
Arbeiter	37	12,0%	36	14,1%
Angestellte und Beamte	142	46,1%	89	34,8%
Selbstständige	32	10,4%	32	12,5%
Hausfrauen, Schüler und andere Erwerbslose	16	5,2%	12	4,7%
in Pension	81	26,3%	87	34,0%

Quelle: Fessel GfK Exit Poll Europaparlamentswahl (2004 und 2009), eigene Auswertung

Außerdem ist zu beachten, dass sich die Beweggründe einer Wahlenthaltung bei Europaparlamentswahlen höchstwahrscheinlich von denen bei Nationalratswahlen unterscheiden, dafür spricht nicht zuletzt die unterschiedliche Wahlbeteiligung, die mit 42,4 Prozent bei der Europaparlamentswahl im Jahr 2004 deutlich geringer ausfiel als die der Nationalratswahlen (siehe Tabelle 5 und 6).

Tabelle 5 Wahlbeteiligung bei Europaparlamentswahlen in Österreich, in Prozent

1996	1999	2004	2009
67,3%	49,4%	42,4%	46,0%

Quelle: Bundesministerium für Inneres, Europaparlamentswahlen⁸⁵

Tabelle 6 Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Österreich, in Prozent

1995	1999	2002	2006	2008
86,0%	80,4%	84,3%	78,5%	78,8%

Quelle: Bundesministerium für Inneres, eigene Auswertung

⁸⁵ Bundesministerium für Inneres (2012): *Europawahlen, Endergebnis (inkl. Wahlkarten) 1996-2009*, online, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/start.aspx [24-02-2012]

3.2 Analyse der Nichtwähler bei den Europaparlamentswahlen 1996 bis 2009

Im folgenden Abschnitt werden die Nichtwähler der Europaparlamentswahlen genauer unter die Lupe genommen. Es wird ihre eigentliche Parteipräferenz betrachtet und mit dem tatsächlichen Wahlergebnis verglichen. Die Beweggründe der Nichtwähler werden dargestellt und die Nichtwähler werden in die Kategorien *konjunkturell Nichtwähler* und *strukturelle Nichtwähler* eingeteilt. Diese beiden Gruppen werden einander anschließend gegenübergestellt

3.2.1 Parteipräferenz der Nichtwähler und tatsächliche Wahlergebnisse 1999 und 2004

Die Parteipräferenz der Nichtwähler bei der Europaparlamentswahl wurde mit der Frage *Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Nationalratswahlen wären?* erhoben. Mit dieser Frage kann einerseits die Einstellung der Nichtwähler gezeigt werden, andererseits kann man auch erkennen, wie sehr die unterschiedlichen Parteien dazu in der Lage sind, ihre Sympathisanten zu mobilisieren und zum Urnengang zu motivieren (siehe Tabelle 7). Liegt das tatsächliche Wahlergebnis einer Partei unter dem Prozentsatz, der bei den Nichtwählern erzielt wurde, kann man davon ausgehen, dass die Partei überdurchschnittlich motivieren konnte und von den Wahlenthaltungen profitiert. Es darf aber auch angenommen werden, dass jene Parteien von gesellschaftlichen Gruppen gewählt werden, die überdurchschnittliches Interesse an dieser Form der politischen Partizipation auszeichnet.⁸⁶

Wenn man die Zahlen betrachtet, erkennt man, dass die einzige Partei, deren Anteil bei den Nichtwählern konstant niedriger ist als bei dem realisierten Wahlergebnis, die ÖVP ist. Ihr gelingt es demnach besonders gut, ihre Anhänger zu mobilisieren. Außerdem

⁸⁶ Siehe oben (u.a. Kapitel 2.10 *Charakterisierung von Nichtwählertypen nach Kleinhenz*)

sind den Anhängern der ÖVP tendenziell jene Eigenschaften und Parameter zuzordnen, die Wähler gegenüber den Nichtwählern auszeichnen.

Bei den anderen Parteien ist die Richtung der Differenz zwischen Wahlergebnis und Parteipräferenz bei den Nichtwählern im Zeitverlauf wechselnd.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Wählerstromanalyse der Wahl von 2009 (siehe Tabelle 9). Hier sieht man, welche Partei im Vergleich zu den Europaparlamentswahlen 2004 wieviele ihrer Wähler an die Nichtwähler verloren hat.

Dass Wähler ihre Partei nicht mehr wählen, kann, wie bereits erläutert⁸⁷, aus vielerlei Gründen geschehen. Auf jeden Fall sollte es für jede einzelne Partei ein Anlass sein, sich selbst und die Gründe für die Abkehr der Wähler zu hinterfragen.

Im Jahr 2009 verloren die SPÖ und die FPÖ den größten Anteil ihrer Wähler an die Fraktion der Nichtwähler. Der ÖVP und der Liste Martin hingegen kamen auf diesem Wege die wenigsten Wähler abhanden.

Umgekehrt fanden 18 Prozent der Nichtwähler aus dem Jahr 2004 bei der anschließenden Wahl 2009 den Weg zurück zu einer Partei. Interessanterweise verteilen sich diese 18 Prozent sehr gleichmäßig auf die Parteien, was einen überproportionalen Gewinn der kleinen Parteien bedeutet.

Tabelle 7 Parteipräferenz der Nichtwähler bei der Europaparlamentswahl, wenn Nationalratswahl wäre 1999 bis 2009

	1999	2004	2009
SPÖ	21%	27%	26%
ÖVP	14%	18%	17%
Grüne	19%	7%	6%
FPÖ	10%	12%	9%
BZÖ	-	-	5%
Keine Angabe	32%	33%	34%

Quelle: Fessel GfK, Exit Poll Europaparlamentswahlen (2004 und 2009), eigene Auswertung. Die Differenz auf 100% ergibt sich durch Rundung und Wähler anderer Parteien.

⁸⁷ Vgl. Kapitel *Die Nichtwähler; Motive und Eigenschaften der Nichtwähler*; Erklärungsmuster für die Wahlenthaltung

Tabelle 8 Wahlergebnisse der Europaparlamentswahlen 1996 bis 2009

	1996	1999	2004	2009
SPÖ	29,2%	31,7%	33,3%	23,7%
ÖVP	29,7%	30,7%	32,7%	30,0%
FPÖ	27,5%	23,4%	6,3%	12,7%
Grüne	6,8%	9,3%	12,9%	9,9%
Liste Martin	-	-	14,0%	17,7%
BZÖ	-	-	-	4,6%
andere	6,9%	4,9%	0,8%	1,4%
Wahlbeteiligung	67,7%	49,4%	42,4%	46,0%

Quelle: Bundesministerium für Inneres, Europaparlamentswahlen

Tabelle 9 Wählerstromanalyse 2009

Partei 2004	Nichtwähler 2009
SPÖ	18%
ÖVP	8%
Grüne	11%
FPÖ	15%
Liste Martin	9%
Nichtwähler 2004	82%

Quelle: Wählerstromanalyse von SORA im Auftrag des ORF

Lesebeispiel: 18 Prozent der SPÖ-Wähler von 2004 haben im Jahr 2009 nicht an der Wahl teilgenommen.

3.2.2 Begründungen der Nichtwahl im Zeitverlauf

Was der Grund war, nicht wählen zu gehen, wurde mit der Frage *Und was war, bzw. ist für Sie der ausschlaggebende Grund, an der Europaparlamentswahl nicht teilzunehmen? Warum haben, bzw. werden Sie nicht wählen?* erhoben. Die Frage wurde offen, d.h. ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten gestellt, Mehrfachnennungen waren möglich. Die Antworten wurden anschließend kategorisiert (siehe Tabelle 10).

Die erste Kategorie der Nichtwähler, die der Wahl aufgrund von *Zeitmangel*, *Krankheit* oder *Verhinderung* fern geblieben sind, ist – den Kategorien der Nichtwähler von Eilfort⁸⁸ folgend – der Gruppe der *unechten Nichtwähler* zuzuordnen. Nachdem in der

⁸⁸ Vgl. Kapitel 2.6 *Versuch einer Kategorisierung der Nichtwähler*

Literatur aber davon ausgegangen wird, dass diese Gruppe 4 Prozent bis höchstens 6 Prozent der Nichtwähler umfasst, und sie bei den analysierten Daten zwischen 10 Prozent und 28 Prozent schwankt, muss man davon ausgehen, dass einige Befragte ihre Verhinderung lediglich vorgeschoben haben, und es sich um so genannte *pseudoverhinderte Nichtwähler* handelt, wie sie bei Neuwirth beschrieben werden.⁸⁹

Die Begründungen *Wahlenthaltung aus Protest*, *Sinnlosigkeit der Wahl*, *Unzufriedenheit mit EU-Politik*, *Zu wenig Information über EU-Parlament* und *Ablehnung der Spitzenkandidaten* bleiben im Laufe der Jahre ziemlich konstant. Die Begründung *Ablehnung bzw. Skepsis gegenüber der EU* ist hingegen seit dem Jahr 1999 gesunken. Während das Argument, *Kein Interesse für EU / Europäisches Parlament* zu haben, im gleichen Zeitraum gestiegen ist.

Am häufigsten wurden 2009 jedenfalls die *Verhinderung* und das *mangelnde Interesse* als Grund, nicht zur Wahl zu gehen, angegeben. Während sich kaum jemand aufgrund der *Ablehnung der Spitzenkandidaten* oder der *Enttäuschung über den Wahlkampf* davon abhalten ließ, seine Stimme abzugeben.

Tabelle 10 Begründungen der Nichtwahl im Zeitverlauf

	1996	1999	2004	2009
Zeitmangel, Krankheit, Verhinderung	28%	19%	10%	24%
Ablehnung bzw. Skepsis gegenüber der EU	17%	21%	14%	12%
Sinnlosigkeit der Wahl	17%	14%	22%	19%
Kein Interesse für EU / Europäisches Parlament	16%	21%	20%	28%
Unzufriedenheit mit EU-Politik	14%	13%	19%	18%
Wahlenthaltung aus Protest	10%	8%	10%	13%
Zu wenig Information über EU-Parlament	8%	6%	14%	12%
Ablehnung der Spitzenkandidaten	6%	8%	7%	5%
Enttäuschung über Wahlkampf	-	-	11%	5%
Andere Begründungen / keine Angabe	22%	27%	16%	4%

Quelle: Fessel GfK, telefonische Wahltagsbefragungen (1996 u. 1999), Exit Poll Europaparlamentswahlen (2004 u. 2009), eigene Auswertung. Da Mehrfachantworten möglich waren, ergänzen sich die Spalten nicht auf 100%.

⁸⁹ Vgl. Kapitel 2.6 *Versuch einer Kategorisierung der Nichtwähler*

Es wurde versucht, die Nichtwähler anhand der angegebenen Gründe der Wahlenthaltung den zuvor in der Arbeit erwähnten Nichtwählertypen⁹⁰ zuzuordnen.

Bis auf die relativ eindeutig den Kategorien der *verhinderten bzw. pseudoverhinderten Nichtwähler* zuzurechnenden Befragten ist das aber – aufgrund der möglichen Mehrfachantworten und der deswegen nicht gegebenen Trennschärfe – nicht sinnvoll möglich gewesen. Auch sind die vorgestellten Nichtwählertypen nicht klar voneinander zu trennen, ihre Übergänge sind teilweise fließend und zum Teil überschneiden sich die Definitionen. Zudem wurde die Kategorisierung der Antwortmöglichkeiten so durchgeführt, dass die letztlich erhaltenen Kategorien nicht mit den Nichtwählertypen übereinstimmen und sich in manchen Punkten überschneiden.

Bei einer konsequenten Operationalisierung der Nichtwählertypen und einer Befragung, die speziell auf die Erforschung der Nichtwählertypen abzielt, wäre es aber durchaus möglich, die Gruppen genauer zu bestimmen.

Eine ungefähre Einteilung hinsichtlich der Gruppen soll aber dennoch erfolgen:

Die *systemverdrossenen Nichtwähler* dürften bei den Europaparlamentswahlen in den Jahren 2004 und 2009 in der Mehrzahl sein und deren Anteil an der Nichtwählerschaft tendenziell im Zunehmen begriffen sein.

Der zweithöchste Anteil an der Nichtwählerschaft dürfte den *Protestwählern* zuzurechnen sein. Darauf folgen definitionsgemäß die *verhinderten bzw. pseudoverhinderten Nichtwähler* (die hier nicht zu trennen sind), also jene, die aufgrund eines vorgeschobenen oder auch eines tatsächlich existierenden externen Faktors nicht wählen gehen konnten.

3.2.3 Strukturelle Nichtwähler

Nun wird die Gruppe der *strukturellen Nichtwähler* beschrieben und anschließend mit jener der *konjunkturellen Nichtwähler* verglichen.

⁹⁰ Vgl. ebenda

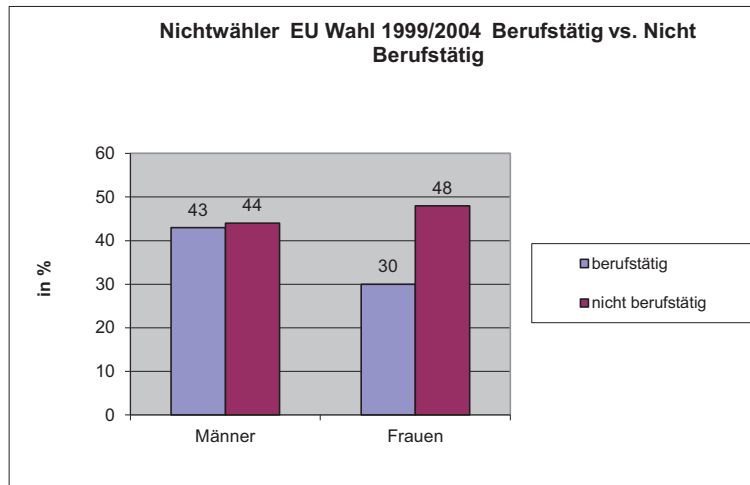
Da in der Wahltagsbefragung lediglich die Teilnahme an der vorherigen Wahl abgefragt wird, wurden jene Personen, die sowohl im Jahr 1999 als auch 2004 nicht an den Europaparlamentswahlen teilgenommen haben, als *strukturelle Nichtwähler* definiert. Diese Gruppe entspricht den bereits vorher erwähnten *grundsätzlichen Nichtwählern*. Jene Personen, die zwar im Jahr 2004 nicht teilgenommen haben, sehr wohl aber im Jahr 1999 wählen gegangen sind, wurden als *konjunktuelle Nichtwähler* definiert.

Es wurde versucht, mögliche Faktoren der Verweigerung der politischen Partizipation in Form von Wahlen zu entdecken. Dabei zeigt sich, dass die *strukturellen Nichtwähler* höchstwahrscheinlich auch nicht an anderen Formen der politischen Partizipation – wie beispielsweise einer Parteienzugehörigkeit oder der Mitarbeit bzw. Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft – interessiert sind.

Bei den Männern, die im Jahr 2004 nicht gewählt haben, zählen insgesamt 44 Prozent zu den *strukturellen Nichtwählern* (siehe Abbildung 6). Berufstätigkeit scheint auf die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe bei den Männern keine Auswirkung zu haben. Von den *berufstätigen Männern* gaben 43 Prozent an, sowohl 1999 als auch 2004 nicht gewählt zu haben, während dies von den *männlichen Erwerbslosen* eine annähernd gleich große Zahl, nämlich 44 Prozent, angab.

Bei den Frauen, die im Jahr 2004 nicht gewählt haben, zählen hingegen lediglich 34 Prozent zu den *strukturellen Nichtwählerinnen*. Dieser Unterschied zu den Männern könnte aufgrund des geringeren Anteils der *berufstätigen Frauen* an der *strukturellen Nichtwählerschaft* zustande kommen. Während 48 Prozent der *nicht berufstätigen Frauen* beide Male nicht gewählt haben, war das bei lediglich 30 Prozent der *arbeitenden Frauen* der Fall.

Abbildung 6 Strukturelle Nichtwähler nach Berufstätigkeit und Geschlecht



Quelle: Fessel GfK, Exit Poll Europaparlamentswahl (2004), eigene Auswertung.

3.2.4 Ein Vergleich zwischen konjunkturellen und strukturellen Nichtwählern

Bezüglich der *Altersstruktur* zeigt der Vergleich von *strukturellen Nichtwählern* und *konjunkturellen Nichtwählern* ein ähnliches Bild wie bei dem folgenden Vergleich zwischen Wählern und Nichtwählern:⁹¹

Strukturelle Nichtwähler, die zu 49 Prozent aus den *unter 45-Jährigen* bestehen, sind jünger als die *konjunkturellen Nichtwähler*, von denen lediglich 43 Prozent zur Gruppe der *unter 45-Jährigen* gehören (siehe Tabelle 11).

Bezüglich der *Schulbildung* ergibt sich ebenfalls ein interessantes Bild:

Je höher die Bildung, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, zu den *strukturellen Nichtwählern* zu gehören. Diese bestehen nämlich zu 22 Prozent aus Personen, die *höchstens einen Pflichtschulabschluss* haben, und weiteren 54 Prozent mit *höchstens*

⁹¹ Vgl. Kapitel *Wähler und Nichtwähler im Vergleich*

Berufsschul- oder BMS-Abschluss. Lediglich 23 Prozent dieser Wählergruppe sind hingegen Personen aus *höheren Bildungsschichten* zuzuordnen (siehe Tabelle 11).

Die Gruppe der *konjunkturellen Nichtwähler* setzt sich wie folgt zusammen: Zu 19 Prozent aus Personen mit *höchstens Berufsschul- oder BMS-Abschluss*, zu 50 Prozent aus Personen mit *höchstens Berufsschul- oder BMS-Abschluss* und zu 23 Prozent aus Personen, die einen AHS-, BHS- oder Hochschul-Abschluss erlangt haben.

Tabelle 11 Vergleich zwischen konjunkturellen und strukturellen Nichtwählern nach Soziodemografie

	1999 teilgenommen	Auch 1999 nicht gewählt
Geschlecht		
Männlich	40%	52%
Weiblich	60%	48%
Alter		
Unter 30 Jahre	11%	15%
30 – 44 Jahre	32%	34%
45 – 59 Jahre	30%	31%
60 Jahre und älter	28%	21%
Schulbildung		
Keine / nur Pflichtschule	19%	22%
Berufsschule / BMS	50%	54%
AHS / BHS / Hochschule	31%	23%

Quelle: Fessel GfK, Exit Poll Europaparlamentswahl (2004), eigene Auswertung. Die Differenz auf 100% ergibt sich durch die Rundungsdifferenz und die Personen, die keine Angaben gemacht haben oder Erstwähler waren.

Nach dem Vergleich zwischen *konjunkturellen* und *strukturellen Nichtwählern* bezüglich der Soziodemografie werden diese nun auch anhand ihrer *zentralen politischen Einstellungen* verglichen:

Bei der Gruppe der *strukturellen Nichtwähler* hielten lediglich 34 Prozent den *EU-Beitritt Österreichs* nachträglich für eine richtige Entscheidung, während 60 Prozent diesen als falsche Entscheidung qualifizierten (siehe Tabelle 12). Hingegen empfanden von den *konjunkturellen Nichtwählern* bereits 45 Prozent den EU-Beitritt als richtige Entscheidung und nur 51 Prozent als falsch.

Auf die Frage, ob die *EU Erweiterung positiv oder negativ für Österreich* zu bewerten sei, vertraten 69 Prozent der *strukturellen Nichtwähler* die Ansicht, dass die Erweiterung eher Nachteile mit sich bringe, und 34 Prozent waren vom Gegenteil überzeugt (siehe Tabelle 12). Die *konjunkturellen Nichtwähler* hatten hier eine etwas weniger skeptische Erwartungshaltung: Von ihnen rechneten immerhin nur 63 Prozent mit tendenziellen Nachteilen, doch nur magere 30 Prozent konnten in der Erweiterung eher Vorteile erkennen.

Auf die Frage, ob die betreffende Person sich in letzter Zeit *über die EU, deren Politik und deren Institutionen geärgert* habe, antworteten 30 Prozent der *strukturellen Nichtwähler*, sich *sehr geärgert* zu haben. 35 Prozent gaben an, sich *eher geärgert* und 32 Prozent, sich *nicht geärgert* zu haben (siehe Tabelle 12). Bei den *konjunkturellen Nichtwählern* haben sich 35 Prozent *sehr geärgert*, 40 Prozent *eher geärgert* und 23 Prozent *nicht geärgert*.

Bezüglich der *Regierungspolitik in Österreich* gibt es zwischen den beiden Gruppen praktisch keine Unterschiede. 33 Prozent der *strukturellen* und 34 Prozent der *konjunkturellen Nichtwähler* zeigten sich mit der Regierungspolitik *zufrieden*, während 63 Prozent der *strukturellen* und 62 Prozent der *konjunkturellen Nichtwähler* angaben, damit *unzufrieden* zu sein. (siehe Tabelle 12)

Der Vergleich zwischen *strukturellen* und *konjunkturellen Nichtwählern* zeigt, dass zwar die Zufriedenheit mit der Regierungspolitik ähnlich war, sich aber deren Wahrnehmung bezüglich der vergangenen politischen Entscheidungen und der damaligen politischen Situation der EU unterschied. So zeigt sich, dass – ähnlich wie bei dem weiter unten vollzogenen Vergleich der Wähler mit den Nichtwählern – die *konjunkturellen Nichtwähler* eine positivere Meinung hatten als die *strukturellen*, sich jedoch auch in einem höheren Ausmaß über die EU und ihre Institutionen geärgert haben. Letzteres könnte den Ärger bei den *konjunkturellen Nichtwählern* als einen entscheidenden Grund für deren Abkehr von der Wahl identifizieren.

Tabelle 12 Ein Vergleich strukturelle vs. konjunkturelle Nichtwähler nach politischen Einstellungen

	Nichtwähler 2004	Nichtwähler 1999 und 2004
EU-Beitritt Österreichs		
richtige Entscheidung	45%	34%
falsche Entscheidung	51%	60%
EU-Erweiterung 2004		
eher Vorteile bringen	30%	23%
eher Nachteile bringen	63%	69%
über EU und Institutionen		
sehr geärgert	35%	30%
eher geärgert	40%	35%
nicht geärgert	23%	32%
Zufriedenheit Regierungspolitik		
Zufrieden	34%	33%
Unzufrieden	62%	63%

Quelle: Fessel GfK, Exit Poll Europaparlamentswahl (2004), eigene Auswertung. Die Differenz auf 100% ergibt sich durch die Rundungsdifferenz und die Personen, die keine Angaben gemacht haben.

Der Einfluss der Massenmedien auf Wahlentscheidungen wird in der Literatur immer wieder erwähnt.⁹² Deshalb ist zum Abschluss des Vergleichs zwischen den Nichtwählergruppen der Blick auf ihr unterschiedliches *Medienverhalten* äußerst interessant und aufschlussreich. Die Frage, mit der das Medienverhalten der Befragten erhoben wurde, lautete: *Welche der folgenden Tageszeitungen lesen Sie persönlich täglich oder mehrmals in der Woche?* Es folgte eine Liste der in Abbildung 7 aufgezählten Tageszeitungen. Mehrfachantworten waren bei dieser Frage möglich. Bei der Analyse der Ergebnisse fallen zwei Tatsachen ins Auge:

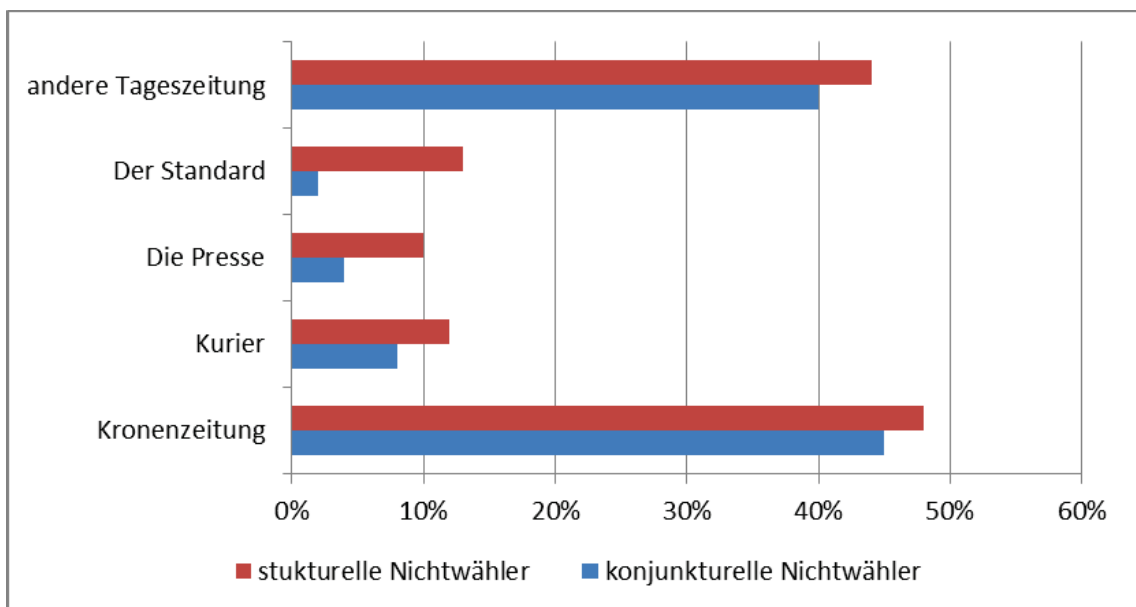
Erstens konsumieren die *konjunkturellen Nichtwähler* ganz allgemein mehr Tageszeitungen, das heißt, sie sind politisch interessierter und wollen sich über aktuelle Themen informieren. Zweitens lesen sie überproportional mehr sogenannte Qualitätszeitungen.

Bei beiden Nichtwählergruppen, wie in der österreichischen Bevölkerung überhaupt, liegt die *Kronenzeitung* nach ihrer Reichweite an der Spitze. Während hier der

⁹² Vgl. Kapitel *Aspekte der Wahlenthaltung*

Unterschied zwischen den *konjunkturellen* und den *strukturellen Nichtwählern* aber relativ gering ist, ist er bei den Tageszeitungen *Kurier*, *Standard* und *Presse* auf niedrigerem Gesamtniveau deutlich ausgeprägter. Diese Tatsache kann dahingehend interpretiert und erklärt werden, dass strukturelle, also dauerhafte Nichtwähler unter anderem auch ein niedrigeres Bildungsniveau haben⁹³ und daher möglicherweise vor den Qualitätszeitungen zurückschrecken.

Abbildung 7 Medienverhalten der strukturellen und konjunkturellen Nichtwähler im Vergleich



Quelle: Fessel GfK, Exit Poll Europaparlamentswahl (2004), eigene Auswertung.

3.3 Wähler und Nichtwähler im Vergleich

Im nun folgenden Teil dieser Arbeit werden noch die *Nichtwähler* den *Wählern* gegenübergestellt, um zu ergründen, ob soziodemografische Unterschiede gefunden

⁹³ Vgl. Tabelle 11

werden können, wie es in der Literatur ja gemeinhin angenommen und meist auch bestätigt wird. Auch für diese Analyse wurden, aufgrund der Verfügbarkeit, die Daten der Europaparlamentswahl aus dem Jahr 2004 verwendet.

Betrachtet man Tabelle 13 fällt auf, dass das *Geschlecht* alleine, bezüglich der Zugehörigkeit zu den *Nichtwählern*, relativ wenig zu erklären vermag.

Die Gruppe der *Nichtwähler* setzt sich zu 46 Prozent aus *Männern* und zu 54 Prozent aus *Frauen* zusammen, während die Gruppe der *Wähler* zu 48 Prozent aus *Männern* und zu 52 Prozent aus *Frauen* besteht.

Interessante Ergebnisse liefert hier der Vergleich der *Altersstruktur* zwischen *Nichtwählern* und *Wählern*: *Nichtwähler*, bei denen 51 Prozent zu den *unter 45-Jährigen* zählen, sind jünger als *Wähler*, bei denen der Anteil der *unter 45-Jährigen* bei lediglich 43 Prozent liegt (siehe Tabelle 13).

Werden die einzelnen Kategorien genauer betrachtet, wird deutlich, dass bezüglich der *unter 30-Jährigen* und der *45 bis 59-Jährigen* kein oder lediglich ein geringer Unterschied zwischen den beiden Gruppen besteht. Die *30 bis 44-Jährigen* machen 32 Prozent der *Nichtwähler* und lediglich 25 Prozent der *Wähler* aus und sind somit überdurchschnittlich oft den *Nichtwählern* zuzuordnen, während auf die *über 60-Jährigen* das Gegenteil zutrifft. Diese stellen bei der *Wählerschaft* 30 Prozent und nur 22 Prozent bei den *Nichtwählern*.

Die höhere Wahlbeteiligung bei den *über 60-Jährigen* ist nicht überraschend und kann neben einigen anderen in dieser Arbeit erwähnten Eigenschaften mit dem Terminus *Traditionswähler* etikettiert werden. Diese Traditionswählerschaft kann als Resultat der in dieser Altersgruppe noch stärker ausgeprägten Staatsbürgerpflicht angesehen werden.

Die Betrachtung der Berufsgruppen in Tabelle 13 zeigt ebenso, dass *Arbeiter* sowie *Angestellte und Beamte* einen um vier Prozent bzw. sechs Prozent höheren Anteil an den *Nichtwählern* haben als an den *Wählern*, während *Selbstständige* und *Erwerbslose* einen um zwei Prozent höheren Anteil an den *Wählern* stellen.

Tabelle 13 Ein Vergleich Wähler und Nichtwähler nach Soziodemografie

	Nichtwähler	Wähler
Männer	46%	48%
Frauen	54%	52%
Unter 30 Jahre	19%	18%
30 – 44 Jahre	32%	25%
45 – 59 Jahre	27%	27%
60 Jahre und älter	22%	30%
Arbeiter	11%	7%
Angestellte und Beamte	41%	35%
Selbstständige	9 %	11%
Erwerbslose inkl. Hausfrauen	16%	18%
Pensionisten	23%	29%

Quelle: Fessel GfK, Exit Poll Europaparlamentwahl (2004), eigene Auswertung.

Im Folgenden werden die *zentralen politischen Einstellungen* der *Nichtwähler* mit denen der *Wähler* verglichen:

Wie bereits erwähnt, unterscheiden sich Radtke⁹⁴ zufolge *Wähler* von *Nichtwählern* in erster Linie durch ihr geringeres politisches Interesse und auch durch die Wahrnehmung ihrer politischen Einflussmöglichkeiten, die von *Nichtwählern* bedeutend geringer eingeschätzt wird.

Da es sich bei der betreffenden Wahl um eine Europaparlamentwahl handelt, ist zu erwarten, dass sich die politischen Einstellungsunterschiede zwischen diesen beiden Gruppen in erster Linie bei Fragen zeigen, die die EU betreffen.

Bei der Gruppe der *Nichtwähler* halten lediglich 42 Prozent den *EU-Beitritt Österreichs* nachträglich für eine richtige Entscheidung, während 54 Prozent diesen als falsche Entscheidung bezeichnen (siehe Tabelle 14). Hingegen empfinden 69 Prozent der *Wähler* dies als richtige Entscheidung und nur 26 Prozent schätzen sie als falsch ein. Hier wird deutlich, dass bei den *Nichtwählern* die EU-Skeptiker überwiegen, während bei den *Wählern* ein positives EU-Bild vorherrscht.

⁹⁴ Vgl. Kapitel 2.7 *Motive und Eigenschaften der Nichtwähler*

Ähnliches verdeutlicht auch die Frage, ob die *EU-Erweiterung positiv oder negativ für Österreich* zu bewerten ist.

Bei den *Nichtwählern* überwiegt der Pessimismus. Hier sind 64 Prozent der Meinung, die Erweiterung habe eher Nachteile mit sich gebracht, und lediglich 29 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt (siehe Tabelle 14). Die *Wähler* haben hier eine deutlich positivere Erwartungshaltung. Von ihnen sind 54 Prozent der Meinung, dass die Erweiterung eher Vorteile mit sich bringe, doch immerhin 40 Prozent haben auch hier eine negative Erwartungshaltung.

Auf die Frage, ob die betreffende Person sich in letzter Zeit *über die EU, deren Politik und deren Institutionen geärgert* habe, antworteten 31 Prozent der *Nichtwähler*, sich *sehr geärgert*, 38 Prozent gaben an, sich *eher geärgert* und lediglich 29 Prozent sagten, sich *nicht geärgert* zu haben (siehe Tabelle 14).

Bei den *Wählern* ärgerten sich 19 Prozent *sehr*, 45 Prozent gaben an sich *eher* geärgert zu haben und 36 Prozent sagten, sie hätten sich *nicht* geärgert.

An diesem Ergebnis wird also sichtbar, dass ein hohes Ausmaß an Ärger über die EU und deren Institutionen eher zu einer Wahlenthaltung führt, während eine geringeres Ausmaß an Ärger die Menschen eher dazu veranlasst, wählen zu gehen. Sie wollen die Situation konstruktiv mitgestalten und verändern.

Dass es verschiedene Gründe gibt, warum sich Menschen über die EU und deren Institutionen ärgern, und in welchem Zusammenhang dies mit der Entscheidung steht, nicht wählen zu gehen, wurde ja in dieser Arbeit bereits untersucht.⁹⁵

Allerdings spielt auch die allgemeine Einstellung zur Politik eine Rolle im Hinblick auf die Wahlbeteiligung, entsprechend also auch die *Einstellung zur österreichischen Innenpolitik*. Deshalb werden auch diese Einstellungen innerhalb der beiden Gruppen miteinander verglichen.

Im Hinblick auf die *Zufriedenheit* der *Wähler* und der *Nichtwähler* mit der Regierungspolitik ergeben sich durchaus Unterschiede: Während sich in der Gruppe der

⁹⁵ Vgl. Kapitel 3.2.2 *Begründungen der Nichtwahl im Zeitverlauf*

Wähler und Nichtwähler im Vergleich

Nichtwähler lediglich 35 Prozent mit der Regierungspolitik *zufrieden* zeigen und 61 Prozent damit *unzufrieden* waren, zeigen sich 43 Prozent der *Wähler* mit dieser *zufrieden* und 56 Prozent sind mit der Politik der österreichischen Regierung *unzufrieden* (siehe Tabelle 14).

Abschließend sei hierzu festgehalten, dass die *Wähler* der Europaparlamentswahl 2004 eine insgesamt und grundsätzlich positivere Meinung von den vergangenen politischen Entscheidungen bezüglich der EU und der derzeitigen politischen Situation haben als die *Nichtwähler*.

Tabelle 14 Vergleich Wähler vs. Nichtwähler nach politischen Einstellungen

	Nichtwähler	Wähler
<i>EU-Beitritt Österreichs</i>		
richtige Entscheidung	42%	69%
falsche Entscheidung	54%	26%
<i>EU-Erweiterung 2004</i>		
eher Vorteile bringen	29%	54%
eher Nachteile bringen	64%	40%
<i>über EU und Institutionen</i>		
sehr geärgert	31%	19%
eher geärgert	38%	45%
nicht geärgert	29%	36%
<i>Zufriedenheit Regierungspolitik</i>		
Zufrieden	35%	43%
Unzufrieden	61%	56%

Quelle: Fessel GfK, Exit Poll Europaparlamentswahl (2004), eigene Auswertung. Die Differenz auf 100% ergibt sich durch die Rundungsdifferenz und die Personen, die keine Angaben gemacht haben.

3.4 Analyse der Nichtwähler bei Nationalratswahlen

3.4.1 Nichtwähler bei Nationalratswahlen im Zeitvergleich – empirische Ergebnisse

Nachdem die Phasen der Wahlbeteiligung bei österreichischen Nationalratswahlen zuvor bereits eingehend betrachtet worden sind, sollen hier nun vor allem die Nationalratswahlen der Jahre 2002, 2006 und 2008 mit selbst ausgewerteten Daten näher betrachtet werden.

Betrug bei den Nationalratswahlen im Jahr 2002 der Anteil der *Nichtwähler* noch 15,7 Prozent, so war dieser im Jahr 2006 bereits auf 21,5 Prozent angestiegen (vgl. BMI). Bei der aktuellen Wahl lag der Nichtwähleranteil leicht unter dem Stand von 2006 und damit wieder etwas niedriger als zuletzt.

Im längeren Zeitvergleich gesehen (Wahlbeteiligung seit 1945), zeigt sich eine massive Abnahme der Wahlbeteiligung und damit einhergehend ein ebenso starkes Ansteigen des Nichtwähleranteils: Gingen um 1945 herum noch knapp 95 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl, so fiel dieser Wert bis zum Wahljahr 2006 auf unter 80 Prozent ab.⁹⁶

Insgesamt gesehen zeigt sich somit ein mehr oder weniger kontinuierlicher Rückgang der Wahlbeteiligung seit 1945, auch wenn immer wieder Schwankungen in der Wahlbeteiligung zu verzeichnen waren, etwa auch zwischen 1994 und 2006, wo größere Schwankungen auftraten.

3.4.2 Nichtwahlmotive bei den Nationalratswahlen 2008

In diesem Kapitel werden speziell die Motive für die Nichtteilnahme an den Nationalratswahlen näher betrachtet.

⁹⁶ Vgl. Abbildung 1 und 2 bzw. Tabelle 3

Ich stütze mich in diesem Fall auf eine telefonische Wahltagsbefragung, die vom SORA-Institut gemeinsam mit dem Institut für Strategieanalysen vom 25. bis 28. September 2008 im Auftrag des ORF durchgeführt wurde. Die Wahltagsbefragung umfasste eine Stichprobe von N=1200. Durchgeführt wurden die Interviews vom Institut für Panel Research (IPR). Die Grundgesamtheit umfasst dabei die Wahlberechtigten der Nationalratswahl 2008⁹⁷ (vgl. SORA 2008).

Die Motive der Wahlenthaltung sollen zudem im Spektrum der in dieser Arbeit beschriebenen Nichtwählertypen, soweit dies möglich ist, verortet werden.⁹⁸

Die Ergebnisse der Analyse, die Nichtwähler betreffend, sind folgende:

Für fast ein Viertel der *Nichtwähler* (ca. 23 Prozent) war demnach ein Grund für die Nichtteilnahme an den Wahlen, dass sie von ihrer an sich bevorzugten Partei *enttäuscht* waren.

Für rund zwei von zehn *Nichtwählern* waren *unattraktive Kandidaten* ein Grund, um den Wahlen fernzubleiben. Etwas weniger wichtig als unattraktive Kandidaten, aber dennoch ein bedeutender Faktor im Hinblick auf die Nichtteilnahme an den Wahlen, stellten 2008 als *unattraktiv wahrgenommene Parteien* dar (18 Prozent).

Für immerhin 15 Prozent der Nichtwähler war ein Grund, den Wahlen fernzubleiben, dass sie mit der Nichtteilnahme ihren *Protest gegen die Politik* kundtun wollten. Für de facto gleich viele, nämlich rund 14 Prozent, war ein *allgemeiner Protest gegen die Regierung* ein ausschlaggebender Grund für eine Nichtteilnahme an den Wahlen.

Für immerhin rund einen von zehn Nichtwählern (11 Prozent) war ein Grund für das Fernbleiben von den Wahlen das Gefühl, dass *seine Interessen von keiner Partei in ausreichendem Maße vertreten* werden.

Kein Interesse bzw. *zu wenig Informationen* waren nur für sechs bzw. vier Prozent der Befragten ein Grund, den Wahlen fernzubleiben.

⁹⁷ Vgl. SORA (2008): Wählerstromanalyse Nationalratswahl 2008. Online, <http://www.sora.at/de/start.asp?ID=1021> [15-10-11]

⁹⁸ Vgl. Kapitel 2.6 *Versuch einer Kategorisierung der Nichtwähler*

Es zeigt sich also, dass hauptsächlich Motive, die mit einem grundsätzlich vorhandenen Interesse an Politik verbunden sind, wie beispielsweise *Enttäuschung* und *Protest*, für eine Nichtteilnahme an den Wahlen im Jahr 2008 verantwortlich sind, während Motive wie *Interesselosigkeit* und *Informationsmangel* kaum eine bis keine Rolle spielten.⁹⁹

Alles in allem lässt dies den Schluss zu, dass dem Nichtwählen – zumindest bei den Nationalratswahlen im Jahr 2008 – offenbar ein gezielter Akt und das Ergebnis bewusster Entscheidungsprozesse von Nichtwählern zugrunde liegt, und nicht Desinteresse oder Ähnliches.

In weiterer Folge werden die Motive in der oben angeführten Umfrage noch im Hinblick auf die Einteilung der Nichtwählertypen betrachtet. Auch wenn sich die in der SORA-Umfrage gestellten Fragen vermutlich nicht eindeutig auf die beschriebenen Typen beziehen lassen, soll dies dennoch versucht werden.

Tendenziell weisen die Ergebnisse der SORA-Umfrage darauf hin, dass die Gruppe der Nichtwähler aus dem Jahr 2008 im Kern auf jeden Fall, aus rund 15 Prozent *Protest-Nichtwählern* besteht, also jenen, die *aus Protest gegen die Regierung* nicht wählen gegangen sind.

Rund 14 Prozent der Nichtwähler könnte man wohl zu den *Protest-Nichtwählern* zählen, gleichzeitig aber auch vermutlich zu einem gewissen Teil zu den *systemverdrossenen Nichtwählern*, nämlich jene, die angaben, aus „Protest gegen die Politik“ nicht wählen gegangen zu sein. Hier wird in der Fragenformulierung sowohl der „Protest“ eindeutig benannt, aber auch „die Politik“, die sozusagen das politische System repräsentiert, angesprochen.

Überhaupt zeigt sich in den Antworten vor allem Protest sowie mit Protest mehr oder weniger verwandte Motive wie z.B. *Enttäuschung von der Partei* als wichtiges Kriterium für das Fernbleiben von den Wahlen.

Zur Größe der Gruppe der *Verhinderten* und *Pseudoverhinderten* lassen sich leider anhand der vorliegenden Umfrageergebnisse keine Aussagen treffen, da Fragen dazu nicht gestellt wurden. Ähnliches gilt für die *systemverdrossenen Nichtwähler*, wozu

⁹⁹ Vgl. SORA (2008)

keine eindeutigen Fragen gestellt wurden, und man also höchstens einzelne Fragen in diese Richtung interpretieren könnte. Einen gewissen Teil dürfte wohl auch dieses Motiv bei dieser Wahl gespielt haben, wobei hier aufgrund der mir zugänglichen Daten höchstens spekuliert werden kann.

3.4.3 Von welchen Parteien bekommen die Nichtwähler am meisten Zulauf? – Wählerströme zu den Nichtwählern bei der Nationalratswahl 2008

Aus welchen Parteien rekrutiert sich nun die Gruppe der *Nichtwähler*, soweit sie überhaupt im Parteienspektrum verortet werden kann? Dieser Frage soll in diesem Kapitel nachgegangen werden.

In Absolutzahlen gesehen, wechselten rund 116.000 Wähler von der ÖVP ins Lager der Nichtwähler über. 45.000 Wähler, die bei der letzten Wahl im Jahr 2006 die Grünen gewählt hatten, wanderten ins Lager der Nichtwähler. Aus dem Lager der traditionellen SPÖ-Wähler bekam die Nichtwählergruppe immerhin einen Zuwachs von rund 42.000. Rund 21.000 Personen, also ein relativ geringer Anteil, gingen von der FPÖ zu den Nichtwählern. Das BZÖ verlor rund 9.000 seiner Wähler an das Lager der Nichtwähler. Von den sonstigen Parteien wanderten rund 14.000 Personen zur Gruppe der Nichtwählenden.

Doch ist die Aussagekraft von Absolutzahlen in diesem Fall nur sehr begrenzt, da die Parteien ja über eine unterschiedliche Absolutanzahl an Wählern verfügen, wodurch ein Vergleich der Parteien anhand dieser Zahlen nicht möglich ist.

Deshalb soll die Wanderung zu den Nichtwählern nun auch in Prozent betrachtet werden:

Prozentuell gesehen mussten in punkto Nichtwähler die Grünen am meisten Federn lassen. Sie verloren rund acht Prozent ihrer Wähler von 2006 an die Nichtwähler. Auch von der ÖVP hatte das Lager regen Zulauf: Rund sieben Prozent der ÖVP-Wähler von

2006 wechselten 2008 zu den Nichtwählern. Ebenso viele wie die ÖVP verloren die sonstigen Parteien an die Nichtwähler.

Die SPÖ verlor immerhin noch sechs Prozent ihrer Wähler von 2006 bei den NR-Wahlen 2008 an das Nichtwählerlager. Dem BZÖ kamen nur rund fünf Prozent seiner Wähler von 2006 bei den aktuellen Wahlen an die Nichtwähler abhanden. Am wenigsten Zulauf zu den Nichtwählern zeigen die Wähler der FPÖ: Nur vier Prozent ihrer Wähler von 2006 blieben bei den Wahlen im Jahr 2008 den Wahlurnen fern.

Insgesamt kann man noch sagen, dass – würde man die Nichtwähler als eigene Partei betrachten – diese die stabilste Wählerschaft besitzen würde: So gingen 81 Prozent derer, die schon 2006 nicht wählten, auch 2008 nicht zur Wahl. Die Stammwählerschaft der Parteien dagegen liegt mit rund 70 Prozent (Grüne: 69 Prozent, ÖVP 70 Prozent, BZÖ 72 Prozent und SPÖ 73 Prozent) bis knapp unter 80 Prozent (FPÖ) deutlich darunter (bei den sonstigen Parteien betrug die Stabilität nur 26 Prozent).¹⁰⁰

In dieselbe Richtung weisen Ergebnisse der SORA-Wählerstromanalyse für die NR-Wahlen von 2006: Demnach gingen damals sogar rund 89 Prozent der Nichtwähler von 2002 auch 2006 nicht zur Wahl.¹⁰¹

Bei den NR-Wahlen 2002 betrug der Anteil derer, die auch schon 1999 nicht wählen gingen, hingegen nur 67 Prozent, was aber dennoch einen beträchtlichen Anteil bedeutet.

Man kann also getrost für die österreichischen Nationalratswahlen der jüngsten Zeit (für weiter zurückliegende Wahlen wurden keine entsprechenden Daten gefunden) von einer Art *struktureller Nichtwähler* sprechen, wie sie in dieser Arbeit genannt wurden, bzw.

¹⁰⁰ Vgl SORA (2008)

¹⁰¹ Vgl SORA (2006): Wählerstromanalyse Nationalratswahl 2006. Online, <http://www.sora.at/de/start.asp?b=382> [15-10-11]

von *grundsätzlichen Nichtwählern*,¹⁰² also von Menschen, die Nationalratswahlen häufiger fernbleiben. Diese Gruppe dürfte sogar an die 70 bis 90 Prozent umfassen.

Im Umkehrschluss kann man daher aber auch vermutlich von rund 10 bis 30 Prozent *konjunkturellen Nichtwählern* sprechen, von Personen also, die sich nur ab und zu ihrer Stimme enthalten.¹⁰³

¹⁰² Roth in Neuwirth, Christian (1994), S. 9

¹⁰³ Ebenda

4 Resümee und Diskussion

Abschließend lässt sich sagen, die Literaturrecherche, die Betrachtung der Wahlergebnisse in Österreich und die Analyse der Daten lassen den Schluss zu, dass die Wahlbeteiligung in Österreich, wie auch in der Bundesrepublik Deutschland und in einigen anderen europäischen Ländern, im Sinken begriffen ist. Da jedoch beispielsweise die USA und Großbritannien speziell zu betrachten sind, lässt sich nicht sagen, dass dieser Trend in sämtlichen westlichen Demokratien gleichermaßen zu beobachten ist.

Die Geschwindigkeit und die Art des Rückgangs der Wahlbeteiligung sind allerdings schwer einzuschätzen. War in Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Anfang der 90er Jahre ein relativ langsames, konstantes, ja sogar lineares Abnehmen der Wahlbeteiligung zu beobachten, zeigt ein Blick auf die Zahlen der letzten zwanzig Jahre, dass sich diese Entwicklung nicht so gleichmäßig fortsetzt. Der Anteil der Wähler verändert sich hier zum Teil sehr sprunghaft, und zwar nach oben wie nach unten. Ob sich diese singulären Schwankungen in Zukunft fortsetzen, ist seriöserweise nicht zu beantworten. Dass sich der Trend hinsichtlich der Wahlbeteiligung völlig umkehrt und in Zukunft konstant steigende Wählerzahlen zu erwarten sind, scheint allerdings ausgeschlossen.

Bezüglich der Bedeutung der Wahlenthaltung für das demokratische System lässt sich keine eindeutige Antwort eruieren, dafür finden sich in der Literatur zahlreiche und unterschiedliche – teilweise auch völlig konträre – Meinungen zu diesem Thema.

Während einige die sinkende Wahlbeteiligung als eine Form der demokratischen Normalisierung deuten, sehen andere das politische System der Demokratie in höchster Gefahr, seine Legitimität zu verlieren.

Wieder andere sehen die Problematik differenzierter und gehen davon aus, dass das Sinken der Wahlbeteiligung ein Zeichen sowohl für Stabilität als auch Instabilität sein könne, dass man die Umstände im Auge behalten müsse, um diesbezüglich eine Aussage treffen zu können. Sie legen plausibel dar, dass sowohl Unzufriedenheit als auch Zufriedenheit der Bürger zum Fernbleiben von der Wahlurne führen kann.

Die Vielstimmigkeit der Experten in der Beurteilung dieser Frage bleibt demnach bestehen.

Die Gründe, die dazu führen, dass ein Mensch die Entscheidung trifft, nicht zur Wahl zu gehen, sind so unterschiedlich wie die Menschen selbst. Bis auf formelle Ursachen, die es jemandem aus bürokratischer Sicht unmöglich machen, seine Stimme abzugeben, gibt es keine definitiven Zusammenhänge zwischen äußeren Umständen und dem Fernbleiben von der Wahl. Es gibt aber sehr wohl gesellschaftliche, wie auch politische Umstände, die die Entscheidung zur Nichtwahl begünstigen. Diese Umstände sind aufgrund der Parallelität der Entwicklung in vom System her ähnlichen Ländern vermutlich sogar grenzüberschreitend. Als globale Gesetzmäßigkeiten dürfen sie freilich nicht gesehen werden.

Ähnliches gilt für die Frage nach dem typischen *Nichtwähler*. Es gibt ihn schlichtweg nicht. Es sind viele einzelne persönliche Eigenschaften und Merkmale, die dazu führen, dass ein Individuum nicht zur Wahl geht. Dazu kommen noch gesellschaftliche Umstände, die auf den Menschen einwirken und von jedem anders rezipiert werden. Und dennoch gibt es in der Gesamtheit der Nichtwähler verbindende Merkmale. Sie lassen sich zwar nicht auf die Individualebene herunterbrechen, aber immerhin lassen sich Tendenzen feststellen. Wenn man alle messbaren Daten über ein Individuum kennt, kann man mit gewissen Wahrscheinlichkeiten sagen, wie dieses Individuum handeln wird, aber eindeutig daraus schließen ob, oder gar wie es wählen wird ist unmöglich. Und in gewisser Weise ist das auch sehr gut und beruhigend.

Was wäre denn eine Demokratie, in der es keiner Wahlen mehr bedarf, weil man jedes Ergebnis berechnen kann, für eine Demokratie?

Anhang

1 Literatur

- Ableitinger, Alfred: Die innenpolitische Entwicklung. In: Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1992): *Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel*. Böhlau, Wien
- Aldrich, John H. und Dennis M. Simon (1986): *Turnout in American National Elections*. In: Long, Samuel (Hrsg.): *Research in Micropolitics*, Bd 1, JAI Press, S. 271 – 301.
- Bundesministerium für Inneres (2012): *Österreich, Endergebnis (inkl. Wahlkarten) 1945-2008*, online, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx [24-02-2012]
- Bundesministerium für Inneres (2012): *Europawahlen, Endergebnis (inkl. Wahlkarten) 1996-2009*, online, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/start.aspx [24-02-2012]
- Bürklin, Wilhelm (1988): *Wählerverhalten und Wertewandel*. Leske + Budrich, Opladen
- Corbetta, Piergiorgio und Arturo M. L. Parisi: *Electoral abstentionism in Italy*. In: Font, Joan und Rosa Virós (Hrsg.) (1995): *Electoral abstention in Europe*. Institut de Ciències Polítiques i Socials / Institut d'Edicions de la Diputació de Barcelona, Barcelona S. 147 – 181
- Dachs, Herbert et. al. (Hrsg.) (1991): *Handbuch des politischen Systems Österreichs*. Manz, Wien
- Denters, S. A. H.: *Voter turnout in Dutch elections*. In: Font, Joan und Rosa Virós (Hrsg.) (1995): *Electoral abstention in Europe*. Institut de Ciències Polítiques i Socials / Institut d'Edicions de la Diputació de Barcelona, Barcelona S. 113 – 147
- Denver, David: *Non-voting in Britain*. In: Font, Joan und Rosa Virós (Hrsg.) (1995): *Electoral abstention in Europe*. Institut de Ciències Polítiques i Socials / Institut d'Edicions de la Diputació de Barcelona, Barcelona S. 181 – 192
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. Harper and Row, New York
- Eilfort, Michael (1991): *Die Nichtwähler*. In: *Wahlverhalten*. Kohlhammer Taschenbücher, Band 1093. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart

- Eilfort, Michael (1994): *Die Nichtwähler – Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Verlag Ferdinand Schöningh GmbH, Paderborn
- Europaparlament 2012, online,
[http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/en/00082fcd21/Results-by-country-\(2009\).html?tab=19#result_party](http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/en/00082fcd21/Results-by-country-(2009).html?tab=19#result_party) [28-03-2012]
- Feist, Ursula (1994): *Die Macht der Nichtwähler – Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen*. Droemersch Verlag, München
- Fessel GfK (1983), Nachwahlbefragungen (1975 – 1983), Nationalratswahlen Österreich
- Fessel GfK (1999), telefonische Wahltagsbefragungen Europaparlamentswahlen (1996 und 1999)
- Fessel GfK (2002), Exit Polls Nationalratswahlen Österreich (1986 – 2002)
- Fessel GfK (2004), Exit Poll Europaparlamentswahl 2004
- Fessel GfK (2009), Exit Poll Europaparlamentswahl 2009
- Filzmaier, Peter und P. Hajek (2004): *Das österreichische Wahljahr 2004*,
http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS_2005_1_filzmaier_hajek.pdf [24-06-2008]
- Font, Joan und Rosa Virós (Hrsg.) (1995): *Electoral Abstention in Europe*. Barcelona: Institut d'Edicions de la Diputació de Barcelona
- Fröchling, Henrike (1998): *Ökonomie und Wahlen in westlichen Demokratien*. Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden
- Gaisböck, Roman und Florian Walter (2005): *Determinanten und Auswirkungen sinkender Wahlbeteiligung. Eine längsschnittliche Analyse der Wiener Gemeinderatswahlen 1954 – 2001*. Wien, Diplomarbeit
- Hillmann, Karl-Heinz (1994): *Wörterbuch der Soziologie*. Kröner, Stuttgart
- Hoffmann, Sebastian (2008): *Demokratie und Nichtwähler – Die Bedeutung der sinkenden Wahlbeteiligung für das politische System*. Wien, Diplomarbeit
- Janowitz, Morris und Dwaine Marvick (1956): *Competitive Pressure and Democratic Consent – An Interpretation of the 1952 Presidential Election*. Bureau of Government, Institute of Public Administration, University of Michigan
- Justel, Manuel: *Electoral abstention in Spain: characteristics and factors*. In: Font, Joan und Rosa Virós (Hrsg.) (1995): *Electoral abstention in Europe*. Institut de Ciències Polítiques i Socials / Institut d'Edicions de la Diputació de Barcelona, Barcelona S. 41 – 85
- Kelsen, Hans (1967): *Demokratie und Sozialismus. Ausgewählte Aufsätze*. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien
- Kleinhenz, Thomas (1995): *Die Nichtwähler – Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Westdeutscher Verlag, Opladen
- Lavies, Ralf-Rainer (1973): *Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens*. Düsseldorf
- Lipset, Seymour M. (1962): *Soziologie der Demokratie*. Luchterhand, Neuwied am Rhein

- de Nève, Dorothee (2009): *NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie?* Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills
- Neuwirth, Christian (1994): *Zum Phänomen der Wahlenthaltung unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Situation*. Wien, Diplomarbeit
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram: *Konstanz und Wandel im österreichischen Wählerverhalten*. In: Müller, Wolfgang C., Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hrsg.) (1995): *Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analyse zur Nationalratswahl 1994*. Wien, S. 341 – 406
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (Hrsg.) (2003): *Wahlverhalten in Bewegung – Analysen zu Nationalratswahl 2002*. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien
- Radtke, Günter D. (1972): *Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Meisenheim am Glan
- Roth, Dieter: *Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom*. In: Starzacher, Thomas (Hrsg.) (1992): *Protestwähler und Wahlverweigerer*. Köln
- Schoof, Peter (1980): *Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der BRD*. Frankfurt a.M.
- SORA (2006): *Wählerstromanalyse Nationalratswahl 2006*. Online, <http://www.sora.at/de/start.asp?b=382> [15-10-2011]
- SORA (2008): *Wählerstromanalyse Nationalratswahl 2008*. Online, <http://www.sora.at/de/start.asp?ID=1021> [15-10-2011]
- Völker, Marion und Bernd Völker (1998): *Wahlenthaltungen – Normalisierung oder Krisensymptom?* Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden
- Wildenmann, Rudolf (1992): *Wahlforschung*. BI-Taschenbuchverlag Mannheim, Leipzig, Zürich, Wien

2 Lebenslauf

Name: **Florian Feichtner**
Geburtsdaten: 22. März 1984 in Salzburg
Wohnort: Graf Starhembergasse 6/18
 1040 Wien

Schulbildung

1994 – 2002 Akademisches Gymnasium Salzburg, 2002 Matura
 1990 – 1994 Übungsvolksschule der Pädagogischen Akademie in Salzburg

Studium

2006 Erlangen der zweiten Diplomprüfung aus Soziologie
 2005 bis 2006 Diplomstudium Rechtswissenschaften, Universität Wien
 seit 2003 Diplomstudium Soziologie, Universität Wien

Berufserfahrung

seit 03.2011 AV-Medienbeobachtung für Metacommunication
 07.2010 - 09.2010 Ferialpraktikum, Salzburger Festspiele
 05.2010 Mitarbeiter, Red Bull Airrace
 07.2009 - 09.2009 Ferialpraktikum, Salzburger Festspiele
 07.2008 - 09.2008 Ferialpraktikum, Salzburger Festspiele
 2007 Mitarbeit am EU-Projekt EUCHIREs zur Erhöhung der
 Sicherheit von Kindern im Verkehr
 2005 Ferialpraktikum, Stiegl GSG
 2004 Ferialpraktikum, Salzburg Airport
 2002 – 2003 Zivildienst bei Verein Mobiler Hilfsdienst Salzburg